
Amerikanische Raketenabwehr
in Europa
Notwendigkeit, Bedingungen, Akzeptanz

Stephan Raabe
(Hrsg.)



Konrad
Adenauer
Stiftung

Inhaltsverzeichnis

	Seite:
Einführung	
US-Raketenabwehr: Notwendigkeit, Bedingungen, Akzeptanz Stephan Raabe	5
Analyse	
Die Debatte um die amerikanischen Raketenabwehrpläne Stephan Frühling, Svenja Sinjen	9
Berichte: Die Diskussion in den USA, in Polen, Tschechien, Russland und Deutschland	
Raketenabwehr – die Position der USA Norbert Wagner, Roman Sehling	23
Das Raketenabwehr-Programm aus polnischer Sicht Maria Wągrowka	35
Tschechien: Auseinandersetzung um Raketenschirm Stefan Gehrold	47
Russische Reaktionen auf die geplanten Militärbasen in Osteuropa Thomas Kunze, Henri Bohnet	55
Zwischen den Stühlen? Deutschland und die Raketenabwehr Benjamin Schreer	61
Kooperation statt Konfrontation Karl-Heinz Kamp	69

Einführung

US-Raketenabwehr: Notwendigkeit, Bedingungen, Akzeptanz

Stephan Raabe

Die Stationierung von Elementen eines Raketenabwehrsystems der USA in Polen und Tschechien ist seit Anfang 2007 eines der zentralen sicherheitspolitischen Themen. Brisanz erhält die Diskussion der Raketenabwehr dadurch, dass das Projekt keineswegs nur eine bilaterale Angelegenheit Polens und Tschechiens mit den USA ist, sondern ebenso die Sicherheitspolitik der Partner in Europa und in der NATO sowie die Russlands berührt.

Gerade Russland lehnt die Installierung eines US-Raketenschildes in Polen und Tschechien bisher entschieden ab. Seit Präsident Wladimir Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang 2007 eine scharfe, an den Kalten Krieg erinnernde Attacke gegen die amerikanische Raketenabwehr ritt, ist das Verhältnis zur NATO abgekühlt wie seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht mehr. Russland sieht nicht nur keinerlei Anlass für die Annäherung von US-Militärinfrastruktur an seine Grenzen, sondern sogar den Versuch seitens des Westens, Russland mit einer Reihe von Militäreinrichtungen einzukreisen. Als adäquate Antwort darauf müsse Russland neue Waffen entwickeln und seine Streitkräfte modernisieren, verlautbarte Putin Anfang Februar 2008. Moskau droht darüber hinaus, Atomraketen auf Polen zu richten, sollten die Pläne für die Raketenabwehr verwirklicht werden.

Beschwichtigend erklärte ebenfalls Anfang Februar der polnische Premier Donald Tusk vor seinem Moskau-Besuch, noch sei keine abschließende Entscheidung über die Raketenabwehr getroffen worden. Polens Außenminister Sikorski meinte kurz zuvor bei seinem Besuch in Washington etwas sibyllisch: Die Standpunkte Polens und der USA stimmten noch nicht überein. Die USA müssten nun entweder etwas tun, um Moskau von dem Projekt des Raketenschutzschildes zu überzeugen, oder einen anderen Weg finden, um das Problem als Ganzes zu lösen. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz sprach er sich anschließend klar für die Integration der US-Raketenabwehr in die Strukturen der Nato aus.

Wie aus polnischer Sicht die „Problemlösung als Ganzes“ aussehen könnte, erläuterte Verteidigungsminister Bogdan Klich Mitte Januar in den USA. Eine zusätzliche Absicherung des polnischen Luftraumes gegen Kurz- und Mittelstreckenraketen durch mobile Verteidigungssysteme wie Patriot oder THAAD sei notwendig. Auf diese Weise werde das erhöhte Risiko für Polen ausgeglichen. Er bemängelte, dass Polen hinsichtlich der finanziellen Unterstützung seitens der USA im Vergleich zu anderen Verbündeten wie Israel, Ägypten oder Pakistan „wie ein entfernter Verwandter der USA“ dastehe. Die Reaktion der amerikanischen Seite auf die polnischen Erwartungen werde ein spezifischer Test dafür sein, ob Washington Polen wirklich als strategischen Partner in Mitteleuropa ansehe.

Bei der Diskussion in der Sache geht es zunächst und vor allem aufgrund von Bedrohungsanalysen um den Sinn und die Notwendigkeit einer solchen Raketenabwehr; sodann um die Bedingungen der politischen und technischen Verwirklichung dieses Projektes. Nur mit überzeugenden Antworten auf diese beiden Fragen kann eine politische Akzeptanz für die Stationierung des Abwehrsystems erreicht werden.

In Polen und Tschechien scheint es hinsichtlich dieser beiden Fragen einer prinzipiellen Klärung zu bedürfen, ob es für die Länder überhaupt primär um die Raketenabwehr an sich als Verteidigungsprojekt oder vielmehr um ein willkommenes Vehikel zur Modernisierung der eigenen Streitkräfte geht, worauf die Forderungskataloge der beiden Regierungen hindeuten. Entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass es bei diesem Projekt vor allem auf die Gegenleistungen seitens der USA, also etwa auf die Aufrüstung der eigenen Armee ankommt, so wird tendenziell die Notwendigkeit der Raketenabwehr und damit das Kernargument für die politische Akzeptanz dieses Projektes in Frage gestellt. Dann hängt die Akzeptanz von der Höhe der amerikanischen Gegenleistungen ab.

Zugleich verschiebt sich damit die Perspektive in der sicherheitspolitischen Debatte insbesondere mit Blick auf Russland. Denn wenn statt der Abwehr von unkalkulierbaren „Schurkenstaaten“ eine Aufrüstung Polens etwa mit Patriot-Raketen zur Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen ins Zentrum der Diskussion rückt, dann ist Polens Nachbar Russland unweigerlich direkt betroffen.

Bisher sind die USA nur in allgemeiner Form auf die Forderungen Polens und Tschechiens eingegangen. Zu klären sein wird, was tatsächlich als Risikoausgleich für die Stationierung von Teilen des Raketenschildes begründ-

bar ist und ob das Projekt mit oder gegebenenfalls auch gegen Russland durchgeführt werden soll. Auch wie die US-Raketenabwehr in die Strukturen der NATO integriert werden kann, bedarf weiterer Verhandlungen. Beim Nato-Gipfel Anfang April in Bukarest haben sich die Regierungen der USA, Polens und Tschechiens erfolgreich um die Unterstützung der Allianz für das Verteidigungsprojekt bemüht. Allerdings sind anschließend die Verhandlungen zwischen den USA und Polen ins Stocken geraten. Warschau stelle zu große Ansprüche bezüglich der amerikanischen Militärhilfe, heißt es in den USA. Schließlich wirft der in den USA anstehende Präsidentenwechsel die Frage nach der politischen Zukunft des Projektes überhaupt auf.

In der politischen Öffentlichkeit sind die Fakten und Hintergründe dieses sicherheitspolitischen Projektes bisher weitgehend unbekannt. Zudem votieren laut Umfragen knapp 60 Prozent der Polen gegen die Stationierung der Raketenabwehr. Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen möchte vor diesem Hintergrund mit der vorliegenden Publikation einige grundlegende Informationen und verschiedene Einschätzungen zu diesem Thema zugänglich machen. Dem dienen die Analyse zweier deutscher Experten zur Raketenabwehr, die im Frühjahr 2007 im Auftrag der Adenauer-Stiftung erstellt wurde, sowie die Berichte zur Diskussion des Themas in den Hauptstädten der USA, Russlands, Polens, Tschechiens und Deutschlands. Die Berichte aus Washington, Moskau, Warschau und Prag wurden bereits im Sommer 2007 auf Anregung des Büroleiters der Adenauer-Stiftung in Washington, Dr. Norbert Wagner, auf deutsch zusammengestellt und im Internet unter www.kas.de veröffentlicht. Jetzt liegen sie, ergänzt durch einen Bericht aus Berlin, und einen Beitrag zu den Beziehungen mit Russland, auch in polnischer Sprache vor. Alle Beiträge zusammen bieten ein kleines Kompendium zur Frage der Raketenabwehr. Wir danken allen Autoren für die Mitarbeit an der Publikation, der wir eine interessierte Leserschaft wünschen.

Warschau, im Mai 2008

Stephan Raabe ist Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau

Analyse

Die Debatte um die amerikanischen Raketenabwehrpläne¹

Stephan Frühling und Svenja Sinjen

Die amerikanische Regierung plant, Teile ihres Raketenabwehrsystems zur Verteidigung der USA gegen einen begrenzten Angriff mit ballistischen Raketen aus dem Nahen Osten in Osteuropa zu stationieren. Diese Bestrebungen haben zu massiver Kritik aus Russland und Deutschland geführt. Die Raketenabwehrpläne der USA sind – entgegen der Verlautbarungen zahlreicher deutscher Politiker – allerdings bereits seit dem Prager NATO-Gipfel 2002 immer wieder unter den Alliierten, aber auch im NATO-Russland-Rat sowie auf bilateraler Ebene zwischen den USA und Russland diskutiert worden. In den öffentlichen Debatten in Europa wurde hiervon jedoch kaum Notiz genommen. Durch die aktuellen Verhandlungen der USA mit den beiden osteuropäischen Staaten wächst nun aber der Druck auf die übrigen europäischen NATO-Mitglieder, ihre Positionen zum Thema Raketenabwehr klar zu definieren.

Die Betonung, dass das geplante System das russische Raketenpotential nicht abfangen könne, aber sehr wohl auch das europäische Territorium vor ballistischen Raketen schützen würde, hat kaum Eingang in die Analysen der Kritiker gefunden. Damit verkennen die Gegner der amerikanischen Pläne jedoch zwei wesentliche Punkte: Zum einen stellen Raketenabwehrsysteme einen unverzichtbaren Teil der Abschreckung und Verteidigung dar und zum anderen berührt das Thema Raketenabwehr den Kern der NATO: die Verpflichtung zur gemeinsamen Verteidigung. Sollte sich die Mehrheit der Europäer weiterhin gegen die US-Pläne aussprechen und sich im Rahmen der Allianz nicht daran beteiligen, droht der NATO das Fundament ihrer Daseinsberechtigung zu zerbrechen.

¹ Der Beitrag wurde im März 2007 in der Reihe Analysen & Argumente der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe 40 in deutscher Sprache veröffentlicht.

Das nachfolgende Papier verdeutlicht diese Zusammenhänge und zeigt eine Beteiligungsoption für die Europäer auf, die die Verteidigung des europäischen Kontinents über die amerikanischen Pläne hinaus stärken würde.

Die wachsende Bedrohung durch ballistische Raketen

Während des Ost-West-Konflikts war der Umstand, dass das gesamte NATO-Gebiet durch ballistische Raketen bedroht wurde, allseits anerkannt. Die Tatsache, dass diese Gefahr heute nicht nur weiter besteht, sondern sogar wieder im Wachsen begriffen ist, ist der deutschen Öffentlichkeit bisher jedoch nicht glaubwürdig vermittelt worden. So erläuterte Außenminister Steinmeier, dass Europa „nach dem derzeitigen Stand der iranischen Wafentechnologie nicht“² bedroht wäre. Während diese Bewertung ein wesentlicher Grund für die kritische Haltung der Bundesregierung zum Thema Raketenabwehr zu sein scheint, geht sie an der Argumentation der USA völlig vorbei. Lt. Gen. Henry A. Obering, Direktor der Missile Defense Agency (MDA), hob hervor, dass Iran schätzungsweise Anfang bis Mitte der kommenden Dekade über Langstreckenraketen verfügen könnte, die die USA erreichen würden. Da für den Aufbau der Raketenabwehrbasis in Osteuropa ein Zeitrahmen von ca. sechs Jahren zu veranschlagen sei, müssten die USA nun dringend mit den Arbeiten beginnen, um der iranischen Bedrohung rechtzeitig begegnen zu können.

Diese Dringlichkeit wird dadurch vergrößert, dass Programme zur Herstellung von Raketen und Massenvernichtungswaffen (MVW) in Diktaturen größter Geheimhaltung und gezielter Verschleierung unterliegen. Detaillierte Einschätzungen über den Stand von Rüstungsvorhaben sind immer mit einem erheblichen Maß an Unsicherheit behaftet: Völlig unerwartet testete Nordkorea 1998 z.B. eine Langstreckenrakete; Iran im selben Jahr eine Rakete mittlerer Reichweite. Vor dem Zweiten Golfkrieg 1990/91 wurde der Stand des irakischen Nuklearprogramms weit unterschätzt. Trotz jahrelanger UNO-Inspektionen entdeckte man erst 1995 das irakische Biowaffenprogramm. Und nach dem Dritten Golfkrieg 2003 konnte man die vermuteten MVW im Land nicht auffinden. An diesen Beispielen zeigt sich deutlich, dass der Stand militärischer Fähigkeiten sowohl unter- als auch überschätzt werden kann. Ebenso deutlich ist allerdings auch, dass von einer Fehleinschätzung, die das gegnerische Potential unterschätzt, eine größere Gefahr für die transatlantische Sicherheit ausgehen könnte, als umgekehrt.

² Steinmeier, Frank-Walter: Interview mit dem Handelsblatt, Handelsblatt, 19. Februar 2007.

Im Zentrum der amerikanischen Bedrohungsperzeption stehen derzeit Nordkorea und Iran. Beide Länder arbeiten an Langstreckenraketen, deren einziger militärischer Nutzen im Transport von MVW liegt, und verfügen über Chemie-, Atom- und wahrscheinlich Biowaffenprogramme. Obwohl Nordkorea im Oktober 2006 eine Atombombe zünden konnte, ist noch unklar, ob es bereits Nuklearwaffen auf seinen Raketen installieren kann. Das Land baut seit Jahren No Dong Raketen, welche mit 1.300 km Reichweite Japan erreichen können. Für wesentlich größere Reichweiten sind Raketen mit mehreren Stufen notwendig. 1998 testete Nordkorea eine Taepo Dong I mit drei Stufen, die erfolgreich separierten (obwohl die dritte Stufe aus unbekanntem Gründen versagte). Seit dem Test 1998 konzentriert sich Nordkorea auf die leistungsfähigere Taepo Dong I, deren Reichweite auf bis zu 10.000 km geschätzt wird. Ein Test im Juli 2006 schlug wegen Problemen der ersten Stufe fehl. Da Nordkorea aber bereits acht Jahre zuvor mehrere Stufen erfolgreich separieren konnte, ist der technologische Stand seines ICBM-Programms (Interkontinentalraketen) letztlich weiter unklar.

Die prominenteste Rakete Irans ist die Shahab I, die auf der No Dong basiert. Die Standardvariante mit 1.300 km Reichweite kann Israel erreichen. 2004 testete Iran zudem eine gestreckte Version mit wahrscheinlich 2000 km Reichweite; genug um Athen zu treffen. Der neue Kopf dieser Version hat darüber hinaus Ähnlichkeiten mit sowjetischen Designs für die Aufnahme von Nuklearwaffen. Unbestätigten deutschen und israelischen Berichten zufolge hat Iran angeblich SS-N-6/BM-25 mit einer Reichweite von 2.500 km aus Nordkorea erhalten. Noch ist aber nicht klar, ob Nordkorea diese Raketen überhaupt wirklich nachbaut. Teheran hat außerdem bekundet, Arbeiten an Satellitenprogrammen mit einer Shahab IV vorzunehmen sowie an einer Shahab V mit noch größerer Reichweite zu arbeiten. Diese Rakete ist wahrscheinlich eine Version der nordkoreanischen Taepo Dong I. Nicht zuletzt aufgrund der engen Kooperation zwischen Iran und Nordkorea ist der Fortschritt des iranischen Programms schwer einzuschätzen. MDA-Direktor Obering spricht allerdings von einem sich entwickelnden Konsens, dass Iran 2015 über ICBM verfügen wird, die die USA erreichen könnten.³

Neben Nordkorea und Iran gibt es darüber hinaus weitere Länder, deren Raketen schon allein durch die Möglichkeit von Unfällen oder unauthorisierten Starts eine Gefahr für Europa und die USA darstellen. Sowohl Russland als auch China verfügen über Raketen sämtlicher Reichweiten sowie umfassende Bestände an MVW.

³ Vgl. Trans, Pierre: U.S.: Europeans Opening to Missile Defense, Defense News, 16. März 2007, <http://www.defensenews.com/story.php?F=2627665&C=europe> (18. März 2007).

Obwohl die genauen politischen Absichten Nordkoreas, Irans und Chinas letztlich im Verborgenen bleiben, sind ihre Feindseligkeiten gegenüber regionalen Akteuren, wie Südkorea, Japan, Israel und Taiwan sowie westlichen Demokratien insgesamt, insbesondere den USA, kaum zu überhören. Die tatsächliche Gefahr, die von ihnen ausgeht, kann nur in Anlehnung an ihre politischen Ambitionen eingeschätzt werden. Aber auch über die Ziele und das Verhalten von Kim Jong Il und Ahmadineschad (und ihren Führungszirkeln) können letztlich keine sicheren Vorhersagen gemacht werden – Gegenstand dieser Vorhersagen ist die menschliche Psyche. Es bleibt schließlich nur der Verweis auf die innenpolitische Struktur in ihren Ländern, welche jedoch der Bevölkerung keine Sanktionsmechanismen zur Kontrolle der politischen Eliten gibt. Folglich stellt die Existenz von Raketen und MVW unter der Kontrolle dieser Länder grundsätzlich eine Gefahr für die NATO-Mitglieder dar.

Raketenabwehr: Notwendige Korrektur im strategischen Denken

Spätestens mit dem 11. September sind berechtigte Zweifel aufgekommen, ob das althergebrachte Konzept der Abschreckung alleine eine verlässliche Grundlage für die Verteidigung der NATO-Partner bietet. Deutsche Politiker scheinen davon auszugehen, dass Abschreckungsdrohungen zwar nicht gegen Terroristen, aber doch gegen staatlichen Akteure stets Erfolg versprechend sind. Es ist in der Tat keines Falls auszuschließen, dass Diktatoren abgeschreckt werden können, allerdings gibt es zahlreiche Faktoren, die auch das Versagen der Abschreckung herbeiführen können. Um einen Angriff abzuschrecken, müssen sowohl die gegnerischen Entscheidungsträger und die Hierarchie ihrer Ziele bekannt sein, als auch ihre Reaktion auf verschiedene Drohungen vorhergesagt werden. Dies erfordert sowohl Kenntnisse über das Wertesystem, das den Entscheidungen des Gegners zugrunde liegt, als auch über seine real verfügbaren Handlungsoptionen in einer bestimmten Krise. Zudem muss dieser nicht nur die Drohung korrekt verstehen und für glaubwürdig befinden, sondern auch die rationale Entscheidung treffen, seinen Kurs in der bevorzugten Weise zu verändern. Abschreckung ist damit das Ergebnis eines Prozesses, bei dem letztlich der Gegner die Entscheidung trifft, ob er abgeschreckt wird oder nicht. Abschreckung kann nicht mechanisch erzeugt werden und setzt ein umfassendes Verständnis für den Gegner voraus, welches in der Realität aber oftmals mangelhaft ist. Die erste politische Funktion von Raketenabwehrsystemen besteht somit in einer Art „Rückversicherung“ für den Fall, dass Abschreckung versagt. Sollte sich ein Land tatsächlich entscheiden, einen Raketenangriff durchzuführen, könnte der Schaden durch ein Abwehrsys-

tem erheblich reduziert werden. Ihre zweite Funktion liegt in dem Beitrag zur Abschreckung selbst. Seit den 60er Jahren wird Abschreckung im populären Verständnis oft mit einer Vergeltungsdrohung gleichgesetzt. Da beide Seiten die Bevölkerung der anderen auslöschen könnten, hätte keine ein Interesse, es zum Krieg kommen zu lassen – so die Theorie. Raketenabwehrsysteme wurden in diesem Zusammenhang als „destabilisierende“ Elemente betrachtet, da sie die gesicherte Vergeltung des Gegners bedrohten. Im ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile) von 1972 verzichteten die USA und die Sowjetunion daher darauf eine strategische Raketenabwehr zum Schutz ihrer Bevölkerung zu errichten. Abschreckung kann jedoch nicht von Verteidigungssystemen getrennt werden. Wenn der Gegner seine Ziele aufgrund der defensiven Stärke der anderen Seite nicht erreichen kann, wie z.B. durch die NATO-Truppen an der zentralen Front während des Ost-West-Konflikts, kann er ebenfalls abgeschreckt werden. In Bezug auf die Bedrohung durch Raketen war der Verzicht auf Raketenabwehrsysteme daher nie unumstritten. Moralische Bedenken über die Rolle der eigenen Bevölkerung als Geisel sowie die kontinuierliche Aufrüstung der Sowjetunion veranlassten die Reagan-Administration dazu, erhebliche Mittel in die Entwicklung eines nationalen Raketenabwehrsystems zu investieren (Strategic Defense Initiative, SDI). Durch den Kollaps der Sowjetunion, für den SDI oft mitverantwortlich gemacht wird, blieb das Programm allerdings ein Entwicklungsvorhaben. Raketenabwehrsysteme zum Schutz der eigenen Bevölkerung leisten somit einen wesentlich Beitrag zur Stärkung der Verteidigungskraft. Als aktive Verteidigung ergänzen sie den passiven ABC-Schutz⁴ sowie offensive Verteidigungsmaßnahmen⁵ und signalisieren dem Gegner, dass der Angriff mit einer Rakete nicht zu dem gewünschten Erfolg führen wird. Dieses Signal wäre umso eindrucksvoller, wenn der Angreifer nach einem Raketenabschuss gleichzeitig mit einem (nuklearen) Vergeltungsschlag zu rechnen hätte. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass demokratische Gesellschaften aufgrund ihres Wertesystems den Willen zur offensiven Anwendung militärischer Mittel oft nur schwer aufbringen können. Dieses Problem verstärkt sich umso mehr, wenn der Einsatz von Nuklearwaffen angedroht wird – und das weiß auch ein Gegner.

4 Der passive ABC-Schutz (atomar, biologisch, chemisch) vereint Maßnahmen zur Eingrenzung und Beseitigung der Schäden aus einem Angriff mit MVW, wie Vorsorgemaßnahmen (z.B. Impfungen, die Verteilung von ABC-Masken und Schutzanzügen, die Einrichtung von Bunkern und speziellen Schutzräumen und Notfallstationen), Maßnahmen während eines Angriffs (z.B. der Einsatz von Katastrophen und Krisenkoordinationskräften) und Maßnahmen nach einem Angriff (z.B. Dekontaminationsmaßnahmen).

5 Zu den offensiven Verteidigungsmaßnahmen gehören z.B. die gezielte Zerstörung von MVW- und Trägersystemstellungen sowie deren Produktions- und Lagerstätten.

Das US-Raketenabwehrprogramm und die europäische Basis

Nachdem die USA im Jahr 2002 den ABM-Vertrag fristgerecht gekündigt hatten – ein Schritt, der von Russland akzeptiert wurde – wies Präsident Bush das Pentagon an, 2004 mit dem Aufbau des Abwehrsystems zu beginnen. Dieses System basiert im Wesentlichen auf vier Typen von Abwehrraketen:

- Patriot PAC-3-Abfangraketen sind relativ langsam und haben eine geringe Reichweite. Sie werden im Wesentlichen zur Verteidigung von Punktzielen gegen Kurzstreckenraketen, wie Scud eingesetzt und können maximal gegen Raketen, wie die Shahab I verteidigen. Sie sind nur in der Atmosphäre zu benutzen. Deutschland und Italien kooperieren im Rahmen des MEADS-Programms mit den USA, eine mobilere Abschussbatterie zu entwickeln.
- THAAD-Raketen sind leistungsfähiger als Patriot und fangen Raketen in den oberen Schichten der Atmosphäre ab. Sie können damit Flächenziele gegen Raketen, wie Shahab I und u. U. auch weiterreichende Raketen verteidigen. ICBM sind jedoch zu schnell für sie. Nur die USA planen derzeit, diese Abfangraketen zu beschaffen.
- SM-3-Abfangraketen werden von Aegis-Flugabwehrschiffen (vergleichbar den F124 Fregatten der Bundesmarine) abgeschossen.⁶ Sie können Raketen nur oberhalb der Atmosphäre im Weltraum zerstören und sind somit nutzlos gegen Kurzstreckenraketen, die die Atmosphäre nie verlassen. Wegen ihrer geringen Beschleunigung und des relativ kleinen Abfangkörpers können sie aber ebenfalls keine ICBM zerstören. Die USA und Japan kooperieren in der Entwicklung und Produktion der SM-3, welche beide bereits auf ihren Schiffen zur Verteidigung gegen nordkoreanische No Dong einsetzen.
- Nur Ground Based Interceptor (GBI)-Abfangraketen sind leistungsfähig genug, um ICBM-Sprengköpfe im Weltall abfangen zu können. Die USA benutzen diese zur Verteidigung gegen nordkoreanische (oder chinesische) ICBM. Derzeit sind 14 von ihnen in Fort Greely/Alaska, und zwei in Vandenberg AFB/Kalifornien installiert.

⁶ Das Verbot, „taktische“ Systeme, wie z.B. die Aegis-Schiffe zur Verteidigung der amerikanischen Bevölkerung zu verwenden, war ein zentraler Grund für die Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA.

Abfangraketen aller Typen werden von den USA mit den übrigen Elementen ihres Raketenabwehrsystems, wie Frühwarnsatelliten, boden- und seegestützten Radaren, Kommunikationsverbindungen und Kommandozentralen integriert. In den kommenden Jahren wird die Fähigkeit dieses globalen Systems durch die Modernisierung der existierenden Systeme und das Hinzufügen neuer Komponenten weiter verbessert. Dazu gehören auch Frühwarnradare in Großbritannien und Dänemark (Grönland). Beide Nationen kooperieren bereits auf bilateraler Basis mit den USA, wie das auch für Polen und die Tschechische Republik im Gespräch ist.

Zwei Faktoren sind entscheidend für die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Abschusses: Erstens müssen gute Radardaten vorliegen, um schnell den Kurs der feindlichen Rakete zu bestimmen sowie (bei separierenden Raketen) den Sprengkopf selber von den Trümmern zu unterscheiden, die ihn im Weltraum umgeben. Daher sind die USA nach Medienberichten daran interessiert, im Kaukasus ein vorgeschobenes Radar zu stationieren, welches das geplante Hauptradar in der Tschechischen Republik bei der Verteidigung gegen Raketen aus dem Iran unterstützen könnte. Zweitens müssen die Abfangraketen relativ günstig zur Flugbahn der feindlichen Rakete aufgestellt werden. Die GBI in Alaska und Kalifornien sind geographisch so platziert, dass sie Raketen aus Nordostasien abfangen können. Sie sind aber weniger geeignet, Raketen aus dem Nahen Osten abzuschießen, da die Basis in Alaska weit von dem Weg entfernt ist, den eine Rakete z.B. aus Iran an die amerikanische Ostküste zurückzulegen hat. Wenn überhaupt, besteht nur ein kleines „Abfangfenster“, d.h. nur während eines kleinen Teils der Flugbahn der ICBM ist ein Abschuss möglich.⁷

Die Größe dieses Abfangfensters ist im Weiteren jedoch maßgeblich für die Wahl der Abfangtaktik und damit auch für die Zahl der benötigten Abfangraketen. Ist das Fenster klein, müssen von vorneherein mehrere Abfangraketen als Salve gefeuert werden, in der Hoffnung, dass zumindest eine von ihnen die anfliegende ICBM zerstört. Dies führt zu einer rapiden Reduzierung des Arsenal an verfügbaren Abfangraketen. Ist das Abfangfenster einer Basis jedoch so groß, dass nach dem Fehlschlag einer einzelnen Abfangrakete noch eine weitere gestartet werden kann, sinkt die Zahl der benötigten Abfangraketen erheblich. Dies gilt natürlich umso mehr,

⁷ Eine Abfangrakete aus Alaska muss bereits kurz nach dem Start einer Rakete in Iran gestartet werden, um diese über dem Atlantik abfangen zu können.

wenn Abfangbasen – wie die in Alaska und Kalifornien zur Verteidigung gegen Raketen aus Asien – gestaffelt werden (layered defence).

Somit erfordert eine verlässliche Verteidigung der USA gegen Raketen aus dem Nahen Osten eine Stationierung von GBI zwischen der amerikanischen Ostküste und dem Abschussgebiet der gegnerischen Raketen – d.h. in Europa. Diese Notwendigkeit erklärt die aktuellen Verhandlungen zwischen den USA und den beiden osteuropäischen Ländern, die bereits 2004 begonnen wurden.⁸ Die Bedenken Russlands, dass das amerikanische System auf seine Raketen zielen würde, sind unverständlich. GBI haben bei weitem nicht die Geschwindigkeit, um Raketen hinterherzufliegen. Ein Blick auf einen Globus zeigt, dass Abfangraketen in Polen auf keinen Fall russische Raketen auf ihrem Weg über den Nordpol in die USA zerstören könnten.⁹

Die USA betonen, dass die geplante dritte Basis in Osteuropa nicht nur den amerikanischen, sondern auch europäischen Kontinent schützen wird. Gleichzeitig haben sie aber explizit zu verstehen gegeben, dass die Kontrolle über Systeme, die die USA verteidigen, ausschließlich in amerikanischer Hand bleiben würde.¹⁰ Bereits an dieser Stelle wird deutlich, dass die direkte Rolle einer europäischen Abfangbasis bei der Verteidigung der USA signifikante politische Auswirkungen für die zukünftige transatlantische Sicherheitskooperation hat.

Gestaffelte Verteidigung für Europa

Die technische Fähigkeit der einen US-Basis zur Verteidigung des europäischen Territoriums ist bisher kaum öffentlich diskutiert worden, obwohl die

⁸ Neben Polen und der Tschechischen Republik waren auch Bulgarien, Rumänien und Großbritannien für die Abwehrbasis im Gespräch.

⁹ Radardeckung Richtung Russland – z.B. durch mobile US-Raketenabwehrradare – vorausgesetzt, könnten die GBI eventuell zur Verteidigung gegen unbeabsichtigte oder unautorisierte Starts einzelner Raketen aus Russland gegen Europa beitragen. Russische ICBM können aufgrund der relativ geringen Entfernung zu Europa allerdings durch besonders niedrige oder besonders steile Flugbahnen einen Abschuss erschweren oder ganz verhindern. Eine Basis mit nur zehn Abfangraketen würden russische Militäroptionen für Angriffe auf Europa zudem kaum beeinträchtigen. Da GBI keine Raketen in der Atmosphäre abfangen können, sind sie nutzlos gegen russische Kurzstreckenraketen – die jedoch eine unverteidigte GBI-Basis zerstören könnten.

¹⁰ Bestrebungen, dass nationale amerikanische System in der NATO „kontrollieren zu wollen“ sind daher unrealistisch. Es kann im Rahmen der Raketenabwehrpläne der USA nur um eine Beteiligung der Europäer bei der Verteidigung ihres Kontinents gehen.

NATO sich bereits seit Jahren mit der Verteidigung des europäischen Kontinents gegen Raketen auseinandersetzt. Das Bündnis ist dabei in zweierlei Hinsicht aktiv:

Das Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence (ALTBMD)-Programm soll militärischen Kräften im Einsatzgebiet Schutz bieten. Machbarkeitsstudien zu ALTBMD haben sich mit Raketen bis 3.000 km Reichweite befasst. Auf dem Riga-Gipfel wurde die erste Stufe beschlossen, die allerdings keine eigenen Abfangkörper umfassen wird, sondern nur Hauptquartiere und Sensoren der Allianz vernetzt. NATO-Verbände können so ab 2010 die unterschiedlichen nationalen Systeme (Abfangraketen und Sensoren) der an einem Einsatz teilnehmenden Nationen als ein System befehligen und nutzen. Während europäische NATO-Staaten mit Patriot, MEADS und der französischen SAMP/T durchaus Komponenten zum Abfangen von Kurzstreckenraketen beitragen können, haben nur die USA mit SM-3 – und in naher Zukunft THAAD – Systeme, die auch eine Verteidigung gegen Mittelstreckenraketen bieten können.

Getrennt davon hat die NATO bereits auf dem Prager Gipfel 2002 eine Machbarkeitsstudie zur Verteidigung des Bündnisgebietes in Auftrag gegeben, die im Mai 2006 abgeschlossen und den NATO-Verteidigungsministern vorgelegt wurde. Diese (geheime) Studie, die mehrere tausend Seiten umfasst, liegt seither dem NATO-Rat vor, der jedoch noch immer keine weiteren Beschlüsse gefasst hat. Die Studie macht eine Reihe von Vorschlägen für die Verteidigung Europas. Diese reichen von einer Anpassung und Ausweitung von ALTBMD auf die Kommunikationssysteme und Hauptquartiere zur Verteidigung des Bündnisgebietes (mit Kosten von einigen hundert Millionen Euro), über die Einrichtung einer einzelnen Basis mit den dazugehörigen Radaren (sechs bis acht Milliarden Euro), bis hin zu einem umfassenden Verteidigungssystem mit mehreren Basen, Abfangsystemen und robuster Sensorstruktur (zwanzig Milliarden Euro).¹¹

Die Schwierigkeit in der Verteidigung Europas liegt in seiner geographischen Nähe zu potentiellen Raketenabschussgebieten im Nahen Osten, aber auch Russlands. SM-3-Abfangraketen von Schiffen im Mittelmeer oder Schwarzen Meer könnten Raketen mittlerer Reichweiten zu Beginn ihrer Flugbahn nach Europa, oberhalb der Atmosphäre, abfangen. Die Türkei jedoch liegt

¹¹ Vgl. Flory, Peter C. W: NATO's Approach to Missile Defence. Unveröffentlichte Präsentation auf der 8. RUSI Missile Defence Conference, London, 27. Februar 2007.

auch in der Reichweite von Kurzstreckenraketen, welche die Atmosphäre nicht verlassen und durch Patriot und THAAD zerstört werden müssten. THAAD-Basen in Europa selber könnten auch als zweite Linie zur Verteidigung beitragen.

Nichts desto trotz bleiben die Entfernungen zu den derzeitigen Gefahrenherden groß. Eine Rakete von Zentraliran nach London legt ca. 5.500 km zurück und könnte – theoretisch – noch von SM-3 und THAAD abgefangen werden. In der Realität ist dies jedoch eher unwahrscheinlich, da eine solche Aufgabe grundsätzlich am Rande des Leistungsspektrums dieser Systeme liegt. Nicht zuletzt könnte z.B. Iran diese Systeme relativ leicht umgehen, indem eine ICBM auf einer sehr steilen Flugbahn auf Europa geschossen wird; sie wäre dann einfach zu schnell. Nur GBI, wie die USA sie in Polen stationieren wollen, können mit ihrer größeren Geschwindigkeit und ihren leistungsfähigeren Abfangkörpern solche Raketen im mittleren Teil ihrer Flugbahn im Weltraum zerstören und sind so ein unverzichtbarer Bestandteil einer Verteidigung Europas.¹² Der Gedanke, den Kontinent alleine mit Systemen in der Türkei verteidigen zu können, ist nicht praktikabel. GBI dort wären zu nahe an Iran, um feindliche Raketen im Weltraum zu zerstören,¹³ während SM-3 zu weit von Abschussgebieten im Südostiran entfernt wären.

Eine GBI-Basis in Europa gibt in Verbindung mit der Basis in Alaska mindestens zwei Gelegenheiten zum Abschuss von Raketen, die auf die USA gerichtet sind. Zur Verteidigung Europas müssten jedoch sehr wahrscheinlich Salven abgefeuert werden – bei etwa zehn Abfangraketen, die die USA derzeit für die europäische Basis planen, eine sehr problematische Aussicht. Nur eine weitere europäische Basis kann eine vergleichbare gestaffelte Verteidigung für Europa leisten. Ein in Osteuropa gestarteter GBI kann dabei eine aus dem Nahen Osten anfliegende Rakete relativ früh zerstören und ist somit geeignet, auch Raketen, die auf Zentraleuropa gerichtet sind, abzufangen. Eine Abfangbasis in Großbritannien hätte hingegen ein größeres Abfangfenster für Raketen, die auf Nordwesteuropa oder die USA gerichtet

¹² EADS veröffentlichte 2003 eine Studie für eine Exoguard- Abfangrakete, die auf europäischen Technologien basiert. Entworfen für den Abschuss von Raketen mit bis zu 6000 km Reichweite, würde sie in das Leistungsspektrum zwischen SM-3 und GBI fallen.

¹³ Dies ist nicht nur aus geometrischen Gründen der Fall. Der Flug durch die Atmosphäre heizt eine Rakete erheblich auf. Während Infrarotsensoren auf den SM-3 diese heißen Objekte verfolgen können, sind GBI zum Abfangen von Sprengköpfen ausgelegt, die bereits durch die Kälte des Weltalls wieder abgekühlt wurden.

sind. Würde man sowohl in Nordwesteuropa¹⁴ als auch in Osteuropa GBI stationieren, könnte die zweite Basis ihr „Feuer“ auf die feindliche Rakete zurückhalten, bis der Erfolg oder Misserfolg des ersten Abfangversuchs bestätigt ist. Dennoch müsste ein solches System natürlich durch THAAD und SM-3 ergänzt werden, um Südost- und zentraleuropa gegen Mittelstreckenraketen zu verteidigen.

NATO und US-Raketenabwehr: Die Vorteile zweier Basen

Die Frage nach dem Verhältnis des NATO-Abwehrsystems zu dem der USA ist bislang weder in der fachlichen noch in der politischen Diskussion ausreichend behandelt worden. Insbesondere ist die Frage zu klären, inwieweit die Verteidigung des europäischen Kontinents gegen ballistische Raketen eine Aufgabe der NATO – d.h. auch der europäischen Mitglieder – oder der USA alleine sein sollte. Wie bereits angeführt wäre die amerikanische Basis in Osteuropa technisch dazu in der Lage, den europäischen Kontinent in gewissem Maße zu schützen. Die Europäer hätten jedoch auf die Operationen eines nationalen amerikanischen Systems keinen Einfluss – auch nicht in Krisenzeiten. Dieser Umstand würde sie in eine offensichtliche und direkte Abhängigkeit vom amerikanischen Präsidenten versetzen, die durch die sehr begrenzte Zahl an Abfangraketen in Europa noch problematischer werden würde.

Daneben ist allerdings auch klar, dass die USA – selbst bei einer europäischen Entscheidung für eine Raketenabwehr im Bündnis – keinesfalls die nationale Kontrolle über Systeme zur Verteidigung Nordamerikas aufgeben würden. Selbst zu Zeiten des Ost-West-Konflikts war z.B. das amerikanisch-kanadische integrierte Luftverteidigungskommando NORAD nicht der NATO assigniert. Ebenso wenig wären die USA bereit, ihre Raketenabwehrpläne zugunsten einer erneuten freiwilligen Verwundbarkeit aufzugeben – sollte der Entscheid der Europäer negativ ausfallen.

Es bietet sich somit an, sowohl politische als auch operationelle Probleme der Verteidigung Europas durch ein kombiniertes US/NATO-Programm mit zwei Basen zu lösen. Zwei Basen, eine unter NATO-, die andere unter amerikanischer Flagge, würden verdeutlichen, dass die Verteidigung der USA unter amerikanischer Hoheit bleibt, während beide Seiten des Atlantiks die Verteidigung des Bündnisgebietes innerhalb der NATO gemeinsam betreiben und auch finanzieren. Gleichzeitig maximieren zwei Basen in Eu-

¹⁴ Medienberichten zufolge ist die Regierung Blair bereits ebenfalls in Verhandlungen mit den USA über die etwaige Stationierung von GBI dort.

ropa die Abfangwahrscheinlichkeit nicht nur für Raketen, die auf die USA, sondern auch für diejenigen, die auf Europa zielen. Obwohl diese Lösung zunächst vielleicht kostenintensiver erscheint, kann sich die Zahl der insgesamt notwendigen Abfangraketen eventuell sogar reduzieren, wenn beide Basen als Teil eines Gesamtsystems operieren.

Jedes NATO-Raketenabwehrprogramm muss auf amerikanische Kommunikations- und Sensorsysteme, wie z.B. Frühwarnsatelliten, zurückgreifen. Zugleich müssten die US- und NATO-GBI-Basen sowohl eng miteinander, als auch mit dem US-Raketenabwehrkommando im Strategischen Kommando (Strategic Command) zusammenarbeiten. Eine solche Problemstellung ist in der NATO jedoch nicht unbekannt. Eine Reihe von Kommandeuren tragen deshalb „Doppelhüte“, die zeigen, dass sie Teil der nationalen amerikanischen und Teil der NATO-Befehlskette zugleich sind. Der NATO-Oberbefehlshaber, SACEUR, ist z.B. traditionell gleichzeitig der Kommandeur des amerikanischen Europakommandos EUCOM. In diesem Sinne sollte der Kommandeur der Raketenabwehreinheiten der NATO ein amerikanischer Offizier sein, der gleichzeitig als EUCOM-Kommandeur auch die amerikanische Basis befehligen würde. Einerseits hätte die NATO dann Zugang zu denjenigen amerikanischen Systemen, die der Allianz nicht assigniert sind. Zudem wäre eine integrierte Gefechtsführung gewährleistet. Andererseits hätte der NATO-Rat durch SACEUR und die NATO-Raketenabwehrbefehlskette die Oberhoheit über alle gemeinsamen Systeme der Allianz.

Alles in allem könnten ca. zwanzig bodengestützte Abfangraketen, inklusive der amerikanischen zehn in Polen und in Verbindung mit THAAD und SM-3, einen Schutz gewährleisten, der mit dem für die USA vergleichbar wäre. Ein Angriff, der darauf zielen würde, ein derartiges Abwehrsystem zu durchbrechen, würde nicht nur substantielle Investitionen auf Seiten des Aggressors erfordern, sondern gleichzeitig auch die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Vergeltung durch die NATO erhöhen. Die Gesamtkosten für den NATO-Etat eines solchen kombinierten Systems sollten zudem erheblich geringer als die sechs bis acht Milliarden Euro sein, die in der NATO-Machbarkeitsstudie veranschlagt wurden.¹⁵

Raketenabwehr als Revitalisierung der NATO

Die Raketenabwehr berührt damit den Kern der Allianz: die Verpflichtung zur gemeinsamen Verteidigung. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein,

dass die europäischen NATO-Mitglieder erstens einen effektiven Beitrag zur Verteidigung ihres Kontinents leisten und zweitens bei allen essentiellen Entscheidungen mitsprechen. Andernfalls würden nicht nur die jahrzehntelangen Bestrebungen, den europäischen Pfeiler in der Allianz zu stärken, erneut unglaublich erscheinen, sondern der NATO würde auch das Fundament ihrer Daseinsberechtigung zerbrechen. Berichte, dass Polen bereits bilaterale Sicherheitsgarantien als „Preis“ für die Stationierung der Abfangraketen von den USA gefordert hat, belegen, dass diese Gefahr nicht nur ein theoretisches Gedankenspiel ist.¹⁶

Seit dem Gipfel in Istanbul bezeichnet die NATO MVW und ihre Trägersysteme (neben Terrorismus und Failed, bzw. Failing States) als eine Hauptbedrohung für das Bündnis. Allerdings haben sich die NATO-Mitglieder in all den Jahren nicht auf überzeugende Maßnahmen zur Verteidigung gegen ballistische Raketen einigen können – und das, obwohl die Machbarkeitsstudie dem NATO-Rat mehrere, äußerst detaillierte Optionen vorgelegt hat. Die Entscheidung der USA, eine dritte Abfangbasis in Europa zu errichten, bietet den europäischen NATO-Mitgliedern nun die Möglichkeit, sich auf eine ergebnisorientierte Diskussion mit den USA über Raketenabwehr einzulassen.

Die NATO-Mitglieder haben sich nicht nur verpflichtet, sich gemeinsam zu verteidigen, sondern auch, die entsprechenden Fähigkeiten für eine effektive Verteidigung bereitzuhalten. Eine Raketenabwehr zum Schutz des Bündnisgebiets würde die bisherigen Anstrengungen der Allianz zur Verbesserung des ABC-Schutzes und der offensiven Fähigkeiten im konventionellen Bereich, die seit Prag angestoßen wurden, sinnvoll optimieren. In diesem Zusammenhang müssen sich die Europäer zudem mit ihrer kritischen Fähigkeitslücke in Bezug auf Raketenabwehrsysteme, wie SM-3 und THAAD für die Verteidigung gegen Mittelstreckenraketen auseinandersetzen – ebenso wie GBI sind diese für die Verteidigung des Kontinents unerlässlich.

Nur wenn sich die NATO-Strategie und ihr Fähigkeiten konsequent an den Hauptbedrohungen ausrichten und ein tragfähiger transatlantischer Konsens erreicht wird, ist der Fortbestand des Bündnisses weiterhin gesichert.

Die europäischen Alliierten sollten sich bei der gegenwärtigen Debatte nicht länger von der russischen Kritik vereinnahmen lassen. Der Schutz der eigenen Bevölkerung ist die ureigenste staatliche Aufgabe. Die Geschichte

¹⁵ Die USA veranschlagen die zehn Abfangraketen in Europa mit 1,6 Milliarden US-Dollar.

¹⁶ Vgl. O.V.: Poland Wants Security Pact, Air Defences in Exchange for Hosting US Missile Interceptors, NTI: Global Security Newswire, 14. September 2006.

hat gezeigt, dass Staaten mit erpresserischen und/oder expansiven Zielen, wie Nordkorea, Iran, aber auch die VR China stets versucht haben, die Verwundbarkeit des Kontrahenten für ihre Zwecke auszunutzen. Eine Verteidigungslücke gegen Raketen auf Seiten des Bündnisses lädt seine Gegner geradezu ein, sich diese Waffen zu beschaffen. Europa kann sich gegen derartige Bestrebungen langfristig nur verteidigen, wenn es den Technologie-wettbewerb mit diesen Staaten dominiert und seine Verteidigungslücken rechtzeitig, immer wieder neu schließt. Die Bundesregierung sollte einer intensiven und breit angelegten Debatte über das Thema Raketenabwehr nicht länger ausweichen und sich darin für den Aufbau eines US/NATO-Raketen-abwehrprogramms einsetzen. Ein kombiniertes US/NATO-Programm mit zwei Basen in Europa wäre aus politischer, technologischer, operationeller und finanzieller Sicht die beste Möglichkeit, der seit Jahren identifizierten Bedrohungen durch ballistische Raketen zu begegnen.

Stephan Frühling ist Lecturer am Strategic and Defence Studies Centre der Australian National University in Canberra und Managing Editor der Australischen Zeitschrift für Sicherheitspolitik „Security Challenges“.

Svenja Sinjen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften (Bereich Politikwissenschaft) der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Berichte:

Die Diskussion in den USA, in Polen, Tschechien, Russland¹⁷ und Deutschland

Raketenabwehr – die Position der USA

Norbert Wagner und Roman Sehling

Präsident Vladimir Putins Rede in München hat das Thema der Raketenabwehr im Zentrum Europas zum öffentlichen Diskussionsthema gemacht. Nachdem die USA Russland in den vergangenen Jahren mehrfach über ihre Pläne ein Raketenabwehrsystem in Osteuropa zu errichten, unterrichtet hatten und die NATO-Mitgliedsländer die Errichtung eines Abwehrsystems in einer langjährigen Machbarkeitsstudie zunächst als technisch realisierbar anerkannt hatten, schien der problemlosen amerikanischen Stationierung nur wenig im Weg zu stehen. Ungehalten über den Mangel an Verständnis für die ablehnende russische Haltung konnten russische Politiker nun das Thema polemisch im Licht eines neuen Wettrüstens darstellen und haben damit in Europa große Besorgnis geweckt. Dennoch geben sich die USA optimistisch, dass die Stationierung des Raketenabwehrsystems letztendlich erfolgen wird, sobald ein rationaler Dialog über die Bedrohungslage stattgefunden hat. Die Missile Defense Agency hat bereits damit begonnen \$28.5 Millionen für die Entwicklung der zweistufigen Abfangrakete, die in Polen bis 2012 stationiert werden soll, auszugeben.¹⁸ Allerdings kommt die Regierung Bush auch langsam unter Zugzwang: Die von den Demokraten kontrollierten beiden Häuser (Abgeordnetenhaus und Senat) erschweren die Bewilligung der zusätzlich nötigen Mittel für die Abfangraketen in Polen. Wie die Zukunftsaussichten eines noch nicht vollständig errichteten Systems unter der Führung eines Demokratischen Präsidenten oder einer Präsidentin aussehen würden, bleibt offen.

¹⁷ Diskussionspapier der Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington, Prag, Warschau und Moskau vom August 2007; vgl. www.kas.de.

¹⁸ Marina Malenic, "European site interceptor moves into design and development phase," *Inside Missile Defense*, June 20, 2007.

Hintergrund

Die USA haben in den letzten fünfzig Jahren insbesondere unter Republikanischer Führung mehrfach großes Interesse an der Entwicklung von Raketenabwehrsystemen gezeigt. Innerhalb der vergangenen 15 Jahre hat sich die strategische, technologische und innenpolitische Lage jedoch in solchen Ausmaßen verändert, dass die Regierung unter George W. Bush in ihrer ersten Legislaturperiode in der Lage war, diese Pläne auch zu realisieren. Trotz internationaler Bestrebungen, den Export von Raketen zu unterbinden, ist es in der Vergangenheit zu einer weiten Verbreitung von Raketentechnologie gekommen, wobei mittlerweile nicht mehr nur China und Russland für den Westen fragwürdige Kunden beliefern, sondern, "Schurkenstaaten" nunmehr direkt untereinander kooperieren und so internationale Auflagen komplett umgehen. Ein Teil dieser Staaten beschäftigt sich auch mit der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, was in Kombination mit einer Langstreckenraketenkapazität eine ernsthafte Bedrohung für die westliche Welt darstellen würde. Mit Republikanischen Mehrheiten im Abgeordnetenhaus und Senat sowie im Gefolge der Terroranschläge des 11. September 2001 konnte die Regierung Bush endlich einseitig vom ABM Vertrag zurücktreten und damit ihre Verpflichtung gegenüber Russland aufkündigen, keine strategischen Raketenabwehrsysteme zu entwickeln.¹⁹

Feindbilder

Vor dem Hintergrund der (damaligen) Kontroverse um den Austritt aus einem der Eckpfeiler des Rüstungsbeschränkungsabkommens bemüht sich die Regierung Bush einerseits darum, ein größeres Bewusstsein für die Bedrohung durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Träger raketen zu wecken. Andererseits gilt es, die Debatte sowohl im Inland als auch unter den NATO-Verbündeten und insbesondere in Polen und Tschechien nicht im Kontext des Kalten Krieges zu führen, sondern die neuen Bedrohungen in Betracht zu ziehen – ein am status quo interessiertes Russland gehört nicht dazu.

Verantwortungslose Schurkenstaaten mit kleinen Arsenalen an Massenvernichtungswaffen stellen eine Bedrohung für alle NATO-Verbündeten und

¹⁹ Amy F. Woolf, "U.S. nuclear weapons: changes in policy and force structure," CRS Report for Congress, RL31623, January 12, 2007 and Steven A. Hildreth, "Ballistic missile defense: historical overview," CRS Report for Congress, RS22120, January 5, 2007.

auch Russland dar. Zu diesem Schluss kam man auch auf dem Treffen der NATO-Außenminister im vergangenen Jahr, was auch von Generalsekretär Jan de Hoop Scheffer in diesem Jahr wiederholt wurde.²⁰

Daher betonen die USA, dass der Iran bis 2015 eine Langstreckenkapazität entwickeln kann und verweisen auf die Drohungen des iranischen Präsidenten, Israel von der Landkarte radieren zu wollen, und auf dessen Warnung, dass im Falle einer Auseinandersetzung mit Palästina, die USA zwar weit entfernt wären, Europa sich jedoch in unmittelbarer Nähe befände. Diese Kombination aus drohender Rhetorik und technischen Kapazitäten würde eine ernsthafte Bedrohung für die westliche Welt darstellen, so Assistant Secretary of State Daniel Fried.²¹

Auch würde die USA an ihrer Politik der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen festhalten. Ein Raketenabwehrsystem sei sogar ein wichtiger Bestandteil dieser Politik, da es Staaten mit kleinen Raketenprogrammen davon abhalten könnte, diese zu realisieren: Ein kleines Arsenal würde aufgrund von Raketenabwehrsystemen wirkungslos gemacht. Das von den USA angestrebte System wiederum reicht bei weitem nicht an Präsident Ronald Reagans Strategic Defense Initiative (SDI) heran und stellt damit keine Bedrohung für Russlands beachtliches und zum Teil modernes Arsenal dar. Dabei weisen die USA darauf hin, dass der Generalsekretär der NATO, Jan de Hoop Scheffer, ausdrücklich betonte, dass die Verbündeten überzeugt waren, dass ein Abwehrsystem keinen Effekt auf das strategische Gleichgewicht mit Russland hätte.²²

Des weiteren würde ein Raketenabwehrsystem den Handlungsspielraum in einer Krisensituation entscheidend erweitern: Man müsste nunmehr nicht mehr sofort zwischen einem Präventivschlag oder Kapitulation entscheiden, was gerade bei fragwürdigen Geheimdienstinformationen besonders wichtig sein könne. Auch wenn die USA dieses System nicht unbedingt für ihre eigene Sicherheit brauchen, so legt man großen Wert darauf, dass (fast) alle Verbündete durch dieses System gesichert werden könnten. Im Falle einer

²⁰ Sebastian Sprenger, "U.S. Nato planning for integrated missile defense shield to protect Europe," *Inside Missile Defense*, May 9, 2007.

²¹ Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, "Do the United States and Europe need a missile defense system?" May 3, 2007.

²² Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, "Do the United States and Europe need a missile defense system?" May 3, 2007.

Auseinandersetzung könnte sonst die Allianz gespalten werden.²³ Allerdings gesteht Lt. General Kevin Campbell vom Army Space and Missile Defense Command ein, dass die USA auch die Verbreitung von ballistischen Raketen unter den Alliierten selbst zu verhindern sucht.²⁴

Interne Diskussionen

In den USA muss sich die Regierung Bush nun nach Jahren gesicherter Unterstützung für die Raketenabwehrpläne mit einem von den Demokraten kontrollierten Kongress arrangieren. Dieser hat in den letzten Wochen das Budget für die Errichtung der Abfangraketenanlage in Polen gestrichen. Dagegen wurde die Radaranlage in Tschechien bewilligt. Des weiteren wurde eine Studie in Auftrag gegeben, welche die technische Machbarkeit sowie die ökonomischen und politischen Auswirkungen auf die NATO- und EU-Mitgliedsstaaten analysieren soll.

Grund dafür waren Zweifel innerhalb des House Foreign Affairs Committees an der Notwendigkeit der Eile, mit der das Projekt vorangetrieben wird. Der Demokratische Vorsitzende des Subcommittee for Europe – Robert Wexler – stimmte zwar mit der Gefährdungsanalyse der Republikanischen Regierung überein, warnte jedoch davor, dass deren Eile negative Auswirkungen auf U.S.-Bündnispartner haben könnte. Zudem merkte Wexler an, dass das Abwehrsystem bisher nur unter äußerst günstigen Bedingungen getestet worden sei und daher nur bedingt einsatzbereit sei. Statt dessen befürwortete Wexler, dass der Etat dem Grenzschutz und Maßnahmen im Rahmen des Cooperative Threat Reduction Programms²⁵ zugeteilt werden sollte.

Auch soll ein Raketenabwehrprogramm, welches die Europäer absichert auch von ihnen bezahlt werden, so die Forderung Demokratischer Abgeordneter. Immerhin bezifferte der Demokratische Vorsitzende des Subcommittee for Terror, Nonproliferation and Trade – Brad Sherman – die Kosten für den europäischen Teil des Ground-Based Midcourse Defense (GMD)

²³ Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, “Do the United States and Europe need a missile defense system?” May 3, 2007.

²⁴ Marina Malenic, “Allies may want role in missile defense command and control,” *Inside Missile Defense*, May 23, 2007.

²⁵ Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, “Do the United States and Europe need a missile defense system?” May 3, 2007.

Systems auf \$4 Milliarden.²⁶ Der Missile Defense Agency Director Lt. General Henry Obering lag mit seinem Kostenvoranschlag von \$3.5 Milliarden nur wenig darunter. Die Tatsache, dass das Programm nicht in erster Linie mit Hilfe der NATO errichtet werden soll, veranlasste Wexler zu der Frage, ob ein solches System in Europa keine politische Mehrheit erreichen könnte, welche die Ausgaben dafür bewilligen würde. Dies würde entweder an der Fragwürdigkeit des Systems liegen oder aber an einer abweichenden Gefährdungsanalyse. Brad Sherman ergänzte zudem, dass ein Raketenabwehrprogramm keine Angriffe verhindern würde, solange eine “schmutzige Bombe“ per Drogenkurier über die mexikanische Grenze gelangen könnte. Insofern wäre es unklug, die Beziehungen mit Russland jetzt aufs Spiel zu setzen, wo Russland gerade in den Verhandlungen mit dem Iran gebraucht werde. Sein Republikanischer Unterausschusskollege Edward Royce bezweifelte jedoch, dass Moskau aufgrund seiner Zusammenarbeit mit dem Iran ein guter Schlichter in diesem Bereich wäre und ob ein Raketenabwehrsystem unbedingt Russlands Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Cooperative Threat Reduction beeinträchtigen würde.²⁷

Die Demokratische Vorsitzende des Strategic Forces Subcommittee des House Armed Services Committees – Ellen Tauscher – begründete die Budgetkürzung damit, dass das Programm weniger ausgereift sei und ein höheres technisches Risiko beinhalte als vergleichbare Programme, die kurzfristige Bedrohungen parieren würden.²⁸ Auch hinterfragte Tauscher die Bestrebungen der Regierung Bush, das Thema der Raketenabwehr auf bilateraler Ebene und nicht im Rahmen der NATO voranzubringen.²⁹ Dieser Besorgnis schloss sich auch Brad Sherman an.³⁰

Angesichts solchen Widerstands innerhalb des amerikanischen Kongresses, merkte Assistant Secretary of State Daniel Fried allerdings an,

²⁶ Ashley Roque, “Obering: Eastern European GMD interceptor not a threat to Russia,” *Inside Missile Defense*, January 31, 2007.

²⁷ Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, “Do the United States and Europe need a missile defense system?” May 3, 2007 und Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.

²⁸ John Liang and Carlos Munoz, “House keeps missile defense cuts, adds \$205 million for Israeli BMD,” *Inside Missile Defense*, May 23, 2007.

²⁹ Marina Malenic, “House panel reduces funding for European interceptors,” *Inside Missile Defense*, May 9, 2007.

³⁰ Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, “Do the United States and Europe need a missile defense system?” May 3, 2007.

dass Etatkürzungen nicht unbedingt ein langfristiges Hindernis darstellen würden und dass er auch weiterhin hoffe, dass der Kongress diese Entscheidung noch einmal begutachten werde – insbesondere nachdem weitere NATO-Verbündete sich der Gefahrenanalyse des Weißen Hauses angeschlossen hätten.³¹ Sein Kollege Under Secretary John Rood wies jedoch darauf hin, daß sich die Verhandlungen mit Polen nun schwieriger gestalten könnten.³² Missile Defense Agency Executive Director Patricia Sanders wiederum warnte davor, dass eine Budgetkürzung unter anderem den Eindruck erwecken könnte, dass es bei der Anlage nur um den Schutz der USA gehe und dass russische Behauptungen damit nur glaubwürdig gemacht würden.³³

Bezüglich der Sorge um die Eile bei der Umsetzung des Projektes verwies Assistant Secretary of State Daniel Fried darauf, dass es noch Jahre dauern würde, bis das System aktiv wäre und dass es gerade der Sinn des “spiral development“ Entwicklungsprozesses wäre, früh mit der Entwicklung und dem Einsatz von existierenden Kapazitäten zu beginnen, aber diese dabei kontinuierlich zu erneuern, sobald neue Technologien entwickelt würden bzw. sich die Gefährdungsanalyse verändere. Wenn man erst darauf warten würde, bis die Iraner ihre Kapazitäten entwickelt hätten, wäre es zu spät, Gegenmaßnahmen in Angriff zu nehmen.³⁴

Kalter Krieg der Worte

Was die Beziehung zu Russland angeht, so hatte das Verhältnis zwischen den beiden Ländern vor dem G8 Gipfeltreffen in Heiligendamm einen rhetorischen Tiefpunkt erreicht. Einerseits betonte die U.S.-Regierung, dass Russland sich daran gewöhnen müsse, dass es keine Kontrolle mehr darüber hätte, was die Länder in ihrer ehemaligen Einflussphäre außen- und innenpolitisch entscheiden würden. Andererseits gestand man zu, dass es vorkommen könne, dass außenpolitische Differenzen für innenpolitische Fragen ausgenutzt würden. Jedoch würde man es bevorzugen, miteinander zu kooperieren, anstatt einen rhetorischen

31 Daniel Fried, Briefing, May 16, 2007.

32 Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, “Do the United States and Europe need a missile defense system?” May 3, 2007.

33 Marina Malenic, House committee would allow reprogramming to fund European site, “*Inside MissileDefense*,” May 23, 2007.

34 Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.

Schlagabtausch zu führen. Gerade wenn Russland ernsthaft über amerikanische Entwicklungen besorgt sei, müsse man miteinander kooperieren, was schließlich möglich sei, da sich das Raketenabwehrsystem nicht gegen Russland richte.³⁵

Secretary of Defense Robert Gates resümierte nach einem Treffen mit dem russischen Generalstab, dass es sich möglicherweise um ein Missverständnis handele, was die Kapazität und die Grenzen des Systems betreffe. Andernfalls würde die russische Besorgnis weniger das heutige System angehen, sondern was daraus in der Zukunft gemacht werden könnte. Beide Unklarheiten könnten jedoch durch Kooperation behoben werden. Zu diesem Zweck wurde die Einführung einer 2+2- oder 3+3-Arbeitsgruppe vorgeschlagen: Die jeweiligen Außen- und Verteidigungsminister sowie die Berater des Präsidenten für Nationale Sicherheit könnten sich ab September 2007 regelmäßig zu Konsultationen treffen.³⁶

Under Secretary of Defense for Policy Eric Edelman sah einen Teil der Herausforderung die Besorgnisse seiner russischen Kollegen zu beruhigen darin, deren Rüstungskontrolldenkweise als Ganzes zu verändern. Er sprach von einer aktuellen Welt der Defensive, die im Gegensatz zu der auf offensiven Waffen und nuklearer Abschreckung basierenden Welt des Kalten Krieges stehe. (Dass beide Länder auch weiterhin innerhalb von Minuten Tausende von Nuklearsprengköpfen aufeinander “herabregnen“ lassen könnten und seine amerikanischen Kollegen sehr darauf bedacht waren, Russlands nukleares Arsenal als nicht bedroht darzustellen, schien dabei im Hintergrund zu bleiben).³⁷

Gerade weil sich die amerikanischen Regierungsmitglieder konsequent für eine Kooperation mit Russland ausgesprochen haben und sowohl innerhalb der NATO als auch direkt mit Russland zu den technischen Einzelheiten des Raketenabwehrprogramms seit 2006 mehr als zehn Briefings abgehalten haben, wurde die Münchner Rede Präsident Putins von den Amerikanern als unangenehme Überraschung aufgenommen.³⁸ Dass die

35 Daniel Fried, Briefing, May 16, 2007.

36 Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.

37 John Liang, “Edelman: ‘mindset’ change needed for Russia to accept missile defense,” *Inside Missile Defense*, April 11, 2009.

38 Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007 and Secretary of State Condoleezza Rice and German Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier, Briefing, March 19, 2007 and Secretary of State Condoleezza Rice and German Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier, Briefing, February 19, 2007.

zehn unbewaffneten Abfangraketen auf Polens Territorium eine Bedrohung für Russlands Arsenal darstellten, bezeichnete Secretary of State Rice dann auch als eine „lächerliche“ Behauptung.³⁹ Die Aussagen russischer Politiker, dass der Iran keine Bedrohung darstelle, entsprächen ebenfalls nicht der Realität. Assistant Secretary Daniel Fried merkte daher auch an, dass russische Politiker momentan viel sagen würden. Wieviel sie aber davon auch meinten und aus welchen Gründen, das könne er nicht beantworten.⁴⁰ Laut Fried wären solche Kommentare eher polemischer Natur als strategisch durchdacht.⁴¹

Der Republikanische Abgeordnete Edward Royce gestand der russischen Regierung dann auch einen PR-Erfolg zu: Ihre nationale Sicherheit war sicherlich nicht der Grund für ihre öffentlichkeitswirksame „Besorgnis“ und Warnung vor einem neuen Wettrüsten, sondern das Bestreben, amerikanischen Einfluss zu verringern.⁴² Die darauf folgende Diskussion in Europa weckte Erinnerungen an die PR-Strategien der Sowjetunion in den Debatten der 80er Jahre und drehte sich daher in erster Linie um die Gefahr eines Wettrüstens und nicht um die Bedrohung durch den Iran oder gar um den Entwicklungsstand der amerikanischen Abwehrsysteme, so Fried.

Die Sorge des russischen Generalstabs, dass das Abwehrsystem in Zukunft erweitert werden könnte, konnte Fried jedoch nicht beschwichtigen: er konnte nicht versprechen, dass es bei zehn Abfangraketen bleiben würde. Jedoch wären diese in jedem Fall zu nahe an Russland, um eine Gefahr darzustellen.⁴³ Dieser Aussage widersprach jedoch Theodore Postol vom renommierten Massachusetts Institute of Technology. Nach seiner Analyse, die auf den von der Missile Defense Agency bekanntgegebenen Daten und Machbarkeitsstudien basiert, ist es den USA durchaus möglich, soweit das Raketenabwehrsystem vollständig einsetzbar ist, ballistische Raketen von einer Reihe von Stützpunkten im europäischen Teil Russlands abzufangen. Des weiteren machte Postol klar, dass die USA ihr Ziel eines Raketenabwehrsystems in Europa

39 Briefing with Secretary of State Condoleezza Rice, May 29, 2007.

40 Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.

41 Daniel Fried, Briefing April 18, 2007.

42 Hearing of the House Foreign Affairs Committee Subcommittees of Europe and Terrorism and Nonproliferation and Trade, “Do the United States and Europe need a missile defense system?” May 3, 2007.

43 Daniel Fried, Briefing, April 17, 2007.

auch mit einer Erweiterung ihres Terminal High Altitude Area Defense (THAAD) Systems erreichen könnten. Daher wäre es nicht überraschend, dass russische Militärstrategen der Errichtung der jetzt geplanten Ground-Based Midcourse Defense (GMD)-Anlage eher misstrauisch gegenüber stünden.⁴⁴

MDA Director Lt. General Henry Obering versuchte seine russischen Kollegen in Bezug auf die geplante X-Band Radarstation in Tschechien zu beschwichtigen, nachdem Präsident Putin unter anderem seine Besorgnis geäußert hatte, dass mit dieser Radarstation russische Raketen (test) starts- und -flugtrajektorien von Stützpunkten bis zum Ural genauestens beobachtet werden könnten.⁴⁵ Lt. General Obering entgegnete, dass die X-Band Radaranlage nur einen schmalen Richtstrahl habe, so dass selbst wenn die USA russische Raketen damit verfolgen würde, sie jeweils nur einige beobachten könnte.⁴⁶

Nichtsdestotrotz gibt man sich auch weiterhin optimistisch in den USA, dass Russland letztendlich seine Optionen genau abwägt.⁴⁷ Laut Assistant Secretary of State Daniel Fried ist es nun wichtig, die russische Opposition zu kontern, indem einerseits die NATO-Verbündeten einer Meinung sind, und andererseits Russland klar gemacht wird, dass man es ernst meint mit dem Angebot der Kooperation und dass Russland daraus auch Nutzen ziehen kann. Fried betonte aber auch, dass die USA nicht auf Russlands Zusammenarbeit angewiesen sind, es jedoch in ihrem Interesse ist, mit Russland zu kooperieren.⁴⁸ In diesem Bereich hat die USA gemeinsame Projekte im Bereich der Forschung und Entwicklung, Modellerstellung und Simulation als auch beim Testen des Raketenabwehrsystems.⁴⁹ Under Secretary of Defense for Policy Eric Edelman sprach ebenfalls davon, mit Russland kooperieren zu wollen, insbesondere was Sensoren-, Radar- und Frühwarnsysteme und deren Daten angeht, um

44 Theodore A. Postol, “Proposal to deploy missile defense components in Eastern Europe – a technical assessment of Missile Defense Agency statements,” Presentation given at the MacArthur Foundation meeting in Washington, DC, June 28, 2007.

45 Tom Casey, Department Deputy Spokesman, State Department Briefing, April 27, 2007.

46 John Liang, “Obering: European GMD site balances Nato missile defense,” *Inside Missile Defense*, February 28, 2007.

47 Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.

48 Daniel Fried, Briefing, April 17, 2007.

49 Sebastian Sprenger, “U.S. Nato planning for integrated missile defense shield to protect Europe,” *Inside Missile Defense*, May 9, 2007.

ein gemeinsames Bild der operativen Lage zu erhalten.⁵⁰ Dies würde eine qualitative Steigerung bedeuten, da amerikanische Behörden im letzten Dezember nur davon ausgingen, dass man neben Briefings lediglich Budgetinformationen sowie einen einmaligen Besuch der Abfangraketenbasis ermöglichen würde.⁵¹ Der stellvertretende Premierminister Sergey Ivanov hatte sich schnell öffentlich gegen eine Zusammenarbeit ausgesprochen, auch wenn der russische Gesandte beim NATO-Russia-Council Konstantin Totskiy im Gegensatz zum russischen Generalstab ein gewisses Interesse an Kooperation bekundete.⁵²

Bezüglich des Vorschlags von Präsident Putin, dass man auf die Radaranlage in Tschechien verzichten und eine existierende russische Anlage in Aserbaidschan nutzen könne, sagte Defense Secretary Robert Gates, dass man die amerikanischen Pläne nicht ändern würde. Jedoch wäre die Radarerrichtung in Aserbaidschan eine wertvolle Hilfe.⁵³ Putins überraschendes Angebot wurde allerdings eher als ein Mittel gesehen, um entweder das politische Klima zu verbessern, oder aber um mit einer Absage durch die Amerikaner weiter Opposition gegen deren Raketenabwehrsystem in Europa zu wecken.⁵⁴

Zuverlässige Verbündete? Polen und Tschechien

Was die Beziehung zu Polen und Tschechien angeht, so gesteht man den beiden jungen NATO-Partnern zu, dass es zu einer regen Diskussion kommen wird und soll.⁵⁵ Die Zeiten, in denen über die Bevölkerung hinweg Entschlüsse gefasst wurden, sei zu Ende, so Assistant Secretary of State Daniel Fried. Man müsse sich nun in Geduld üben und alle Fragen beantworten. Während Tschechien in erster Linie daran interessiert war, die Visa-Bestimmungen für seine Bürger zu erleichtern, gab man sich in Polen besorgt über die Auswirkungen der Abfangraketen auf die nationale Sicherheit. Teil der Forderungen könnte die Stationierung eines Kontingents von Patriot-Raketen sein,

50 John Liang, "Edelman: 'mindset' change needed for Russia to accept missile defense," *Inside Missile Defense*, April 11, 2007.

51 Ashley Roque, "Obering: Eastern European GMD interceptor not a threat to Russia," *Inside Missile Defense*, January 31, 2007.

52 Sebastian Sprenger, "U.S. Nato planning for integrated missile defense shield to protect Europe," *Inside Missile Defense*, May 9, 2007.

53 Shanker, *New York Times*, June 15, 2007.

54 McKinnon, *Wall Street Journal*, June 8, 2007, p. 6.

55 Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.

um eine Verschlechterung der Sicherheitslage in Polen zu vermeiden. Auch wenn es noch keine offizielle Nachfrage zu diesem Punkt gab, so versicherte Assistant Secretary Fried, dass man offen mit Polen über seine Sorgen rede, seine NATO-Mitgliedschaft aber als Grundlage dieser Diskussion diene.⁵⁶ Man gehe in den USA auch bezüglich Polens und Tschechiens davon aus, dass nach einer Phase der Polemik eine strategische Diskussion über die Bedrohungslage stattfinden werde, welche letztendlich mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Stationierung des Abwehrsystems führen werde.⁵⁷

Bezüglich der Frage unter wessen Kontrolle eine amerikanisch-polnische bzw. amerikanisch-tschechische Anlage käme, äußerte Lt. General Kevin Campbell, der Direktor der Army Space and Missile Defense Command, dass beide Partner höchstwahrscheinlich eine gewisse operative Kontrolle bei der Führung der Anlagen haben möchten. Die Frage, ob es ein gemeinsames Kontrollzentrum wie NORAD geben werde, wäre eine der zahlreichen Optionen, die diskutiert werden müssten. Dabei würde es allerdings zu einigen Herausforderungen kommen – insbesondere bezüglich des Informationsaustausches mit nicht-amerikanischen Militärangehörigen. Dieses Problem bestünde allerdings auch mit treuen Bündnispartnern wie den Briten und Australiern. Es würde immer eine Gruppe von "haves" und "have nots" in einem [multilateralen] Hauptquartier geben.⁵⁸

Dr. Norbert Wagner ist Leiter des Auslandsbüros USA der Konrad-Adenauer-Stiftung,

Roman Sehling ist dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig.

56 Daniel Fried, Briefing, May 16, 2007.

57 Daniel Fried, Briefing, May 4, 2007.

58 Marina Malenic, "Allies may want role in missile defense command and control," *Inside Missile Defense*, May 23, 2007.

Das Raketenabwehr-Programm aus polnischer Sicht

Maria Wągrowka

Die Stationierung eines Kernelements des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen ist vielleicht das umstrittenste militärische Projekt der polnischen Sicherheitspolitik seit der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität vor 18 Jahren. Es geht dabei um eine Entscheidung, die weitaus schwerwiegendere Folgen haben könnte als die Teilnahme an der Anti-Irak-Koalition, die in Polen immer noch Gegenstand einer kritischen öffentlichen Debatte ist. Die Teilnahme an der Irak-Operation an der Seite der USA und Großbritanniens erfolgte trotz der ablehnenden Haltung der Bundesrepublik und Frankreichs und offenbarte daher deutlich als in den Jahren vor 2003 den ausgesprochen proamerikanischen Charakter der polnischen Sicherheitspolitik. Diese Unterstützung hat wohl mit dazu beigetragen, dass Polen das Angebot unterbreitet wurde, eine Komponente des Raketenabwehr-Programms zu stationieren. Die Entscheidung, vor der die polnische Regierung steht, ist mindestens aus vier Gründen überaus schwierig:

- Es geht direkt um das Staatsgebiet Polens und die Interessen der Bevölkerung vor Ort, wobei über die Hälfte aller polnischen Bürger das Projekt eher ablehnt und gegenüber der Politik der USA kritisch eingestellt ist.
- Ferner geht es um die Frage der Kompensation, die Polen für die Stationierung der bodengestützten Abfangraketen erreichen möchte. Deren Stationierung stößt in Warschau nur dann auf Zustimmung, wenn dadurch die Sicherheit des Landes erhöht und nicht verringert wird.
- Politisch ist man sich der möglichen Folgen für die Sicherheit Polens und Ostmitteleuropas angesichts einer etwaigen Revanchepolitik Russlands bewusst.
- Es herrscht insgesamt Unsicherheit über die weitere Entwicklung der euroatlantischen - insbesondere polnisch-amerikanischen - Beziehungen im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen mit den USA oder einer für Polen unbefriedigenden Vereinbarung. Unklar sind auch die Folgen für das Verhältnis innerhalb der NATO (USA – europäische Verbündete), für die Zukunft der Europäischen Union und die konkreten Felder der Zusammenarbeit der westlichen Demokratien mit Russland, Belarus und der Ukraine.

Falls nicht unvorhersehbare neue Begleitumstände eintreten, wird die Stationierung eines Kernelements des Raketenabwehrschildes im nordwestlichen Polen dennoch wohl letztlich Wirklichkeit werden. Dies wäre ein Ausdruck für die Kontinuität der proamerikanischen Außenpolitik, die von zukünftigen polnischen Regierungen mit unterschiedlicher Intensität betrieben werden wird. Zugleich wird das Thema jedoch weiter kontrovers diskutiert werden.

Ausschlaggebend für die Zustimmung zu diesem Militärprojekt ist wohl die langfristige Verknüpfung der Sicherheit Polens mit den Vereinigten Staaten, in denen die polnische Regierung gerne einen „strategischen Partner“ sehen möchte. Oder anders gesagt: Man geht in Warschau davon aus, dass das auf polnischem Staatsgebiet liegende Element des Raketenabwehrschildes einen integralen Bestandteil des Raketenabwehr-Systems bilden wird und daher auch der Verteidigung durch die USA unterliegt. Daher werde höchstwahrscheinlich auch das Interesse der ohnehin als „letzte Sicherheitsgaranten“ innerhalb der NATO angesehenen Amerikaner an Polen weiter zunehmen. In Warschau hat man sich schon seit jeher für eine starke politisch-militärische Präsenz der USA in Europa ausgesprochen, da man darin einen bedeutenden Stabilitätsfaktor für das sich erweiternde Europa erblickt.

Polnische Motive für die Raketenabwehr: Geopolitische Bedrohungsszenarien

Aus Sicht der polnischen Regierung gibt es zwei Hauptgründe, die sich anhand der Analyse einschlägiger kontextabhängiger Aussagen ergeben und die deutlich machen, warum sich Polen wohl letztlich für die Aufstellung der landgestützten Abfangraketen entscheiden wird.

Das erste Motiv entspricht ganz der amerikanischen Argumentation und betrifft das zukünftige Bedrohungspotential seitens der Staaten des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens. Polen besitzt jedoch diesbezüglich praktisch gar keine eigenen Angaben und verfügt auch nicht über spezielle Informationen seines militärischen Geheimdienstes. In Warschau ist man daher ganz auf amerikanische Statistiken angewiesen, die im übrigen von anderen Quellen nicht in Frage gestellt werden. Vor diesem Hintergrund geht man davon aus, dass sich zumindest zehn Abwehrraketen auf polnischem Staatsgebiet befinden sollten, da erst diese Anzahl die Vernichtung von drei bis vier Angriffsraketen garantiert, die in einigen Jahren oder Jahrzehnten vor allem vom Iran in Richtung Nordeuropa abgeschossen werden könnten. Polen ist aufgrund der in Frage kommenden Flugbahnen (Trajektorien) und des möglichen Ab-

fangens der Angriffsraketen in ihrer mittleren Flugphase aus Sicht der USA der beste Ort für die Einrichtung einer Raketenbasis. Laut der Mitte 2003 festgelegten Strategie für die Nationale Sicherheit Polens,⁵⁹ aber auch nach anderen offiziellen Einschätzungen könnte sich das polnische Staatsgebiet in den nächsten Jahren durchaus in Reichweite von ballistischen Sprengkörpern befinden, die außerhalb Europas stationiert sind. Laut dem Büro für Nationale Sicherheit der Republik Polen⁶⁰ können z.B. die iranischen Mittelstreckenraketen Shabab-4 und deren Nachfolgemodelle Shabab-5 (existiert bereits) und Shabab-6 (noch in Herstellung) sogar Ziele im Umkreis von 2.500 bis 3.500 km erfassen. Ihre Reichweite würde sich also auf ganz Polen erstrecken. Unter polnischen Beobachtern und Kommentatoren herrscht allerdings keine Einigkeit darüber, ob man dem Iran – zu dem Polen normale diplomatische Beziehungen unterhält – überhaupt die aggressive Absicht zuschreiben kann, auf weit entfernte Ziele in Europa schießen zu wollen bzw. ob dieser Staat überhaupt in der Lage ist, derartige Raketen herzustellen. Das von amerikanischer Seite geplante Raketenabwehr-System wird im übrigen keineswegs als ausgereift und fehlerlos angesehen.

Sowohl regierungsnah als auch unabhängige militärische Forschungsstellen betonen in ihren Analysen, dass sich Polen aufgrund seiner geographischen Lage in Reichweite folgender Raketensysteme befindet bzw. in naher Zukunft befinden wird: strategische Flugraketen der Großmächte, Mittelstreckenraketen aus Europa, dem Nahen oder Mittleren Osten (Iran, Israel, Saudi-Arabien) sowie taktische Raketen aus Russland, Belarus oder der Ukraine. Gleichzeitig existieren derzeit nur geringe Möglichkeiten der Entwicklung von nationalen Systemen zur Aufspürung und Identifizierung von Raketenangriffen. Darüber hinaus ist es der polnischen Luftwaffe heute kaum möglich, Raketenfluggeschosse durch Abwehrsysteme vorzeitig zu eliminieren. Deren Flugabwehr ist stark veraltet und sollte spätestens in fünf bis sechs Jahren vollständig modernisiert werden. Dies spielt eine sehr wesentliche Rolle bei der polnischen Haltung zur Frage des amerikanischen Raketenabwehrschildes.

In Polen geht man gleichwohl nicht davon aus, dass dem Land derzeit oder in naher Zukunft ein Raketenangriff seitens so genannter „Schurkenstaaten“ droht.

⁵⁹ Vgl. den genauen Wortlaut dieses Dokuments, <http://www.bbn.gov.pl/?lin=5&last=225&idtext=834>.

⁶⁰ Vgl. *Polska w amerykańskim systemie obrony antyrakietowej* [Polen im amerikanischen Raketenabwehrsystem], hg. v. Verlag *Biblioteka Bezpieczeństwa Narodowego* [Bibliothek der Nationalen Sicherheit], Warszawa 2007, S.108.

Zugleich herrscht die Auffassung vor, dass das primäre Ziel des Raketenabwehr-Systems die Verteidigung der Vereinigten Staaten ist und erst in zweiter Linie darin besteht, Polen und andere europäische Bündnispartner zu schützen. Das zweite grundlegende Motiv für die etwaige Zustimmung Polens zur Errichtung der amerikanischen Raketenabwehrbasis (und damit die Verknüpfung der eigenen Sicherheit mit der territorialen Integrität der USA) ist geopolitischer Natur. Die Stationierung eines wichtigen Elements der amerikanischen Infrastruktur soll nämlich dazu dienen, nicht nur potentielle Bedrohungen seitens weit entfernt liegender Staaten zu „neutralisieren“, sondern auch die Gefahren beseitigen, die von nahe an der polnischen Ostgrenze liegenden Ländern ausgehen können, wobei offen bleibt, inwieweit diese vorbeugende Sichtweise bezüglich der Gefährdung Polens aus dem Osten von den USA geteilt wird. Die polnische Sicherheitspolitik ist übrigens abgesehen vom aktuellen Raketenabwehr-Programm schon seit etlichen Jahren bestrebt, im eigenen Lande möglichst viele Kommandoeinheiten und Einrichtungen der NATO einschließlich der nötigen logistischen Systeme unterzubringen. Dabei geht man davon aus, dass die äußerlich wahrnehmbare Präsenz jedes weiteren NATO-Stützpunktes (z.B. Nordost-Korps in Stettin oder Joint Forces Training Center in Bromberg) die Sicherheit Polens erhöhen wird. Daher bemüht sich Polen bei den USA auch um Unterstützung für die Errichtung eines NATO-Stützpunktes bei Posen, um dort das System eines komplexen luftgestützten Bodenüberwachungssystems durch Luftfahrzeuge (Alliance Ground Surveillance) zu errichten.

Bei der Entscheidungsfindung hinsichtlich der Stationierung des Raketenabwehr-Systems in Polen wird also das spezifisch polnische Denken in geopolitischen Kategorien mit seinen Bedrohungsszenarien eine große Rolle spielen. Polen geht es um eine zusätzliche, von NATO-Garantien unabhängige Absicherung gegen die Bedrohung seiner äußeren Sicherheit oder zumindest um die Stärkung dieser Garantien durch die USA. Der direkte Einsatz der Raketenabwehr zum Schutz des polnischen Staatsgebiets wird nicht von vorneherein in Betracht gezogen. Darüber hinaus ist von „stabilen“ Sicherheitsgarantien die Rede.⁶¹

Das in Polen stationierte Kernelement des Raketenabwehr-Systems würde der „Abschreckung“ dienen, so dass man sich fremden Staaten oder außerstaatlichen Akteuren, die mit dem Einsatz von Angriffsraketen drohen, entgegenstellen könnte. Der bei offiziellen Anlässen immer wieder betonte Wert dieses Systems für die Sicherheit Polens bestünde aber erst dann, wenn

⁶¹ Vgl. Aussage des Sejmabgeordneten und Vorsitzenden der Sejm-Kommission für Auswärtige Angelegenheiten, Pawel Zalewski, in: *Dziennik* v. 31.1.2007.

zur Verteidigung der Raketenabwehrbasis ein zusätzlicher Schutzschirm errichtet werden würde, der eventuelle Angriffe von Kurz- und Mittelstreckenraketen abwehren könnte (drei bis fünf Patriot-Batterien und mindestens ein THAAD-System, das auch Raketenangriffe aus dem Ostseeraum abwehren könnte).⁶² Die bislang in Polen eingetroffenen widersprüchlichen Signale lassen jedoch offen, ob die Amerikaner wirklich zur Überstellung der vorab erwähnten militärischen Schutzsysteme bereit sind. Die amerikanische Seite deutet allenfalls die Möglichkeit einer Aufstellung mobiler Systeme im konkreten Bedarfsfall, aber nicht auf Dauer, an.

Die Rolle Russlands

Die von Russland ausgehenden Gefahren für Polen sind nicht direkter militärischer Natur. In letzter Zeit mehrten sich jedoch die Anzeichen dafür, dass diese Grundthese vielleicht nur in modifizierter Form der Wirklichkeit entspricht. Die russischen Initiativen hinsichtlich der „Zukunft“ des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (CFE-Vertrag) werden in Polen eindeutig als Drohung angesehen, sich von dieser Abmachung zu distanzieren. In Warschau nimmt man die von Moskau geäußerten Ankündigungen über etwaige Gegenmaßnahmen infolge der Stationierung eines Kernelements des Raketenabwehr-Systems in Polen sehr ernst. Die größten Befürchtungen herrschen hinsichtlich der kritischen Schlüsselinfrastruktur. Dazu gehören alle Transportstränge, entlang derer strategisch bedeutsame Energie geliefert wird und andere sensible Sektoren von Wirtschaft, Telekommunikation und Internet. Angesichts neuer unkonventioneller und asymmetrischer Bedrohungspotentiale bezüglich der Sicherheit der nationalen Energieversorgung sucht Polen derzeit nach Mitteln und Wegen der Absicherung nach innen und außen, dort hauptsächlich in Kooperation mit NATO, USA und Europäischer Union. Dieses Grundmotiv ist eigentlich dazu geeignet, Polen mit glaubwürdigen Partnerländern im Westen in einem höheren Maße als bisher zu verbinden. Trennend wirkt jedoch die in Polen und im Westen höchst unterschiedliche Wahrnehmung des faktischen Bedrohungspotentials. Denn negative Reaktionen seitens der Russischen Föderation müssen keineswegs nur die USA betreffen, sondern könnten sich auch in Polen entladen. Die dortige Errichtung eines Teils der Raketenabwehr könnte leicht als Vorwand missbraucht werden, um Polen die Schuld für die stagnierende oder schlechtere Kooperation Russlands mit dem Westen zu geben.

⁶² Die unmittelbare Sicherheitszone um die Raketenabwehrbasis würde sich dabei auf eine Reichweite von 500 km zu den Raketensilos erstrecken. Dabei wären alle 10 Raketen an einem einzigen Ort installiert, einem bis zu 300 ha großen Gebiet. Dessen amerikanische Besatzung würde bis zu 300 Personen zählen.

Offene Fragen und Verhandlungsdesiderate

Der frühere polnische Verteidigungsminister Radoslaw Sikorski von der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) hatte während seiner Amtszeit 2005-07 von der Bush-Administration eine Kompensation für das von Polen eingegangene Risiko bei der Stationierung der Raketenabwehr verlangt. Er begründete seine Forderung damit, dass Polen durch die Installation des Raketenabwehrschildes zum Angriffsziel jedes potentiellen Feindes der USA bzw. terroristischer Anschläge werden würde. Außerdem sei die Haltung Russlands in dieser Frage sehr negativ. Daher fordere die polnische Regierung, dass drohende feindliche Reaktionen durch ein umfassendes amerikanisches Angebot schon a priori neutralisiert werden müssten.⁶³

Dieses Postulat, aber auch die vertiefte militärische Kooperation und die Übermittlung von Daten der militärischen Aufklärung sowie der leichtere Zugang zu amerikanischen Technologien, bilden die Hauptverhandlungspunkte der geplanten politisch-militärischen Vereinbarung. Deren Kernpunkte werden frühestens nach dem für Mitte Juli 2007 geplanten Besuch des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczynski in den USA bekannt werden. Das Treffen des polnischen und amerikanischen Präsidenten Mitte Juni in Warschau endete ergebnislos. Konkrete Vereinbarungen werden von der amerikanischen Haltung abhängen, die sich möglicherweise nach dem Treffen Bush-Putin Anfang Juli herauskristalisieren wird. Dann könnte nämlich feststehen, ob und in welchem Grade sich die Radarstation Gabala in Aserbaidschan für das Raketenabwehr-Projekt als günstig erweist. Diese Radarstation ist auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion übrigens nicht die einzige Einrichtung dieser Art, die sich für die Beobachtung der Region am Persischen Golf bestens eignet. Die eventuelle Einbindung der Radarstation als Ergänzung der europäischen Komponente des Raketenabwehr-Systems dürfte jedoch die der Öffentlichkeit bekannten amerikanischen Pläne nicht allzu sehr beeinflussen. Der Vorschlag von Präsident Putin ist jedoch insofern wertvoll, als er eine modifizierte Haltung in der Frage des Raketenabwehrschildes gegen Bedrohungen aus dem Nahen Osten und zudem die Möglichkeit einer grundsätzlichen Zusammenarbeit signalisiert. Damit rückt die bis vor kurzem noch verwendete scharfe Kampfrhetorik in den Hintergrund. Ein deutscher Experte für Sicherheitsfragen merkte unlängst treffend an, dass sich Russland damit gleichsam neu „positioniere“.⁶⁴

⁶³ Vgl. *Gazeta Wyborcza* v. 3./4.3.2007.

⁶⁴ Vgl. Alexander Rahr von der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik im Interview mit der *Deutschen Welle* v. 14.6.2007, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2609157,00.html>.

Für Polen ist die entscheidende Frage bezüglich des Raketenabwehrschildes, ob die Demokraten im amerikanischen Kongress, die sicherlich die nächste Regierung bilden werden, die Sicherheitspolitik der Bush-Administration in ihrem ganzen Umfang aufrechterhalten werden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die polnische Regierung daher stark an einem möglichst raschen Abschluss des Abkommens mit den USA interessiert ist.

Vor diesem Hintergrund beherrschen folgende Fragen die derzeitige Debatte: Ist der geplante Raketenabwehrschild überhaupt für den Schutz Europas geeignet und wenn ja, in welchem Maße? Inwieweit sollte das erwartete bilaterale Abkommen mit den USA auch ein Element von Vereinbarungen auf NATO-Ebene sein und sollte Polen mit der Anbindung an das Raketenabwehrsystem nicht doch bis zum Abschluss der NATO-internen Vereinbarungen warten? In diesem Zusammenhang sollten folgende politische und technische Aspekte berücksichtigt werden:

Die Amerikaner beabsichtigen in Polen mit Blick auf Europa sog. Zweistufenraketen aufzustellen. Bei diesen Raketen ist die Start- und Steigungsphase relativ kurz, so dass die feindlichen Sprengkörper ziemlich schnell zerstört werden können. Die Raketenabwehrbasis in Polen ist nach amerikanischen Angaben auch dazu gedacht, einen großen Teil anderer europäischer Staaten zu schützen, darunter die Bundesrepublik und die baltischen Länder. Laut Informationen aus Washington wird die in Polen zu errichtende Komponente den Süden Europas jedoch nicht abschirmen können. Diese Aufgabe müsse von einer anderen, auf Mittelstreckenraketen gestützten NATO-Basis erfüllt werden. Der Schutz der Basis in Polen sei hingegen ständig auf NATO-Ebene zu beraten. Man gehe nämlich in Washington davon aus, dass der Stützpunkt in Polen allmählich zum „Fundament der Raketenabwehr des Atlantischen Bündnisses“ werde, wie der stellvertretende Leiter der Raketenabwehr-Agentur (MDA), Brigadegeneral Patrick O'Reilly, feststellte.⁶⁵

Trotz der Konsultationen zwischen den USA und ihren Bündnispartnern und trotz der auf Ministerebene getroffenen NATO-Vereinbarungen zur Raketenabwehr ist die Bestimmung des Verhältnisses zwischen beiden Systemen, dem der USA und dem der NATO, weiterhin eine große Herausforderung für die transatlantische Gemeinschaft.⁶⁶

⁶⁵ Vgl. *Polska Zbrojna*, Nr.15/27.

⁶⁶ Vgl. den Artikel „Raketenabwehr, NATO und die Verteidigung Europas“, in: Analysen und Dokumente, hg. v. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, März 2007.

Entwicklungen in der Diskussion in Polen

Die laufende Debatte über das Raketenabwehrprojekt und die mögliche Teilnahme Polens hat zu einem Wandel der Einschätzungen geführt. Anfangs betrachtete man die Stationierung der bodengestützten Abfangraketen in Polen lediglich im Rahmen eines künftigen bilateralen Abkommens zwischen Polen und den USA. Einige Sicherheitsexperten wiesen jedoch darauf hin, dass eine rein bilaterale Betrachtungsweise die eigentliche Rolle des Nordatlantischen Bündnisses untergraben und die Beziehungen innerhalb der NATO belasten kann. Es liege im polnischen Interesse, über die Probleme im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrschild nicht ohne vorherige NATO-interne Konsultationen zu entscheiden, wie z.B. die oppositionelle „Bürgerplattform“ (PO) immer wieder betont, die in Meinungsumfragen vor der regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) liegt. Unter dem Einfluss der Opposition und diverser Sicherheitsexperten, aber auch infolge äußerer Einflüsse begann sich die Herangehensweise bezüglich dieses Projekts allmählich zu verändern. Zum Umbruch kam es dabei zunächst infolge der auf dem NATO-Gipfel im November 2006 in Riga eingereichten Durchführbarkeitsstudie und anschließend durch die Ankündigung von NATO-internen Konsultationen für das Frühjahr 2008. Derzeit fordert Polen sogar die Einbindung dieses Projekts in den laufenden Prozess der Verteidigungsplanung der NATO. Auch die Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die für eine größere Teilhabe der NATO am Raketenabwehrprojekt stimmt, spielt natürlich eine Rolle in der polnischen Diskussion. Aber man weist in Polen auf die höchst unterschiedlichen Einstellungen deutscher Politiker gegenüber der Schaffung einer europäischen Komponente des Raketenabwehr-Systems in Polen hin.⁶⁷ Die deutsche Haltung zum Raketenabwehr-Projekt und den im Bereich der europäischen Sicherheitspolitik erwünschten deutsch-polnischen Konsultationen steht derzeit darüber hinaus ganz im Schatten des Konflikts um die Zukunft des europäischen Verfassungstraktats und die Stimmengewichtung innerhalb der EU. Die tiefgreifenden deutsch-polnischen Auseinandersetzungen um die gemeinsame Geschichte tun ihr übriges zur Distanz dazu.

Fragen wie die Präsenz ausländischer Militäreinrichtungen auf polnischem Staatsgebiet unterliegen der Ratifizierung durch den Sejm, der derzeit aber kaum mehrheitsfähig ist. Die größte Regierungspartei („Recht und Gerechtigkeit“ – PiS) verfügt über 149 Stimmen, während die beiden Koalitionspartner „Selbstverteidigung“ 46 und die „Liga der

⁶⁷ Vgl. Łukasz Adamski, Niemiecka debata o systemie obrony przeciwrakietowej [Die deutsche Debatte über das Raketenabwehrsystem], in: *Biuletyn Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych* [Bulletin des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten] v. 3.4.2007.

Polnischen Familien“ 29 Mandate haben. Insgesamt besitzt die Regierungskoalition somit 224 Stimmen bei einer Gesamtzahl von 460 Sejm-Abgeordneten. Hinzu kommt, dass zahlreiche Abgeordnete der beiden kleineren Koalitionsparteien von ihrer Missbilligung der amerikanischen Pläne keinen Hehl machen. Die Regierung bemüht sich jedoch, das Raketenabwehrprojekt voranzutreiben und ist daher auf die Stimmen der Splitterparteien beziehungsweise auf einen breiteren Konsens im Parlament angewiesen, der nicht ausgeschlossen ist.

Die Haltung zum Problem des Raketenabwehrschildes seitens der zwei großen Oppositionsparteien ist ähnlich. Die „Bürgerplattform“ (PO) lässt das Raketenabwehr-Projekt in ihrem längst verabschiedeten Parteiprogramm zur Außen- und Sicherheitspolitik unerwähnt und beschränkt sich auf die Feststellung, dass Polen seine nationalen Interessen mit den amerikanischen Interessen soweit wie möglich verknüpfen sollte.⁶⁸ Einer ihrer Führer, der ehemalige Verteidigungsminister Bronisław Komorowski, gibt offen zu, dass seine Partei nach dem heutigen Stand der Dinge eine ablehnende Entscheidung treffen müsste. Zugleich räumt er ein, dass in näherer Zukunft nach genauer Kenntnisnahme des Verhandlungsverlaufs dennoch die Chance für eine Zustimmung besteht. Die Parteigruppierung „Linke und Demokraten“ – darunter auch zwei ehemalige Verteidigungsminister: Janusz Onyszkiewicz und Jerzy Szmajdzinski, der die Gespräche mit der amerikanischen Seite einleitete – schlägt ganz ähnlich Töne an. In beiden Fällen resultiert die skeptische Reserviertheit aus rein innenpolitischen Beweggründen und der ablehnenden Haltung weiter Teile der polnischen Bevölkerung gegenüber dem Raketenabwehrprojekt. Gemäß den regelmäßig durchgeführten Untersuchungen der Meinungsforschungsinstitute in Polen übersteigt die Zahl der gegen eine Stationierung eingestellten Bürger gegenwärtig bereits 50 Prozent.⁶⁹

⁶⁸ Siehe dazu „Zasadnicze cele naprawy Państwa – III Krajowa Konwencja Platformy Obywatelskiej RP“ [Grundlegende Ziele der Staatsreform – III. Landesversammlung der Bürgerplattform der Republik Polen], Warschau, 21. Mai 2006 – http://www.platforma.org/_files/_dokumenty/program/program.pdf.

⁶⁹ Der bekannte Soziologe Dr. Jacek Kucharczyk vom Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten kommentiert repräsentative Untersuchungen der öffentlichen Meinung wie z.B. „Transatlantic Trends“. Dabei wies Kucharczyk unlängst auf einen neuen Meinungstrend hin. Demnach gleicht sich die öffentliche Meinung in Polen der gegenüber den USA und ihrer Außenpolitik eingenommenen Haltung der Bürger aus anderen EU-Mitgliedsländern immer weiter an; vgl. Bericht zur Konferenz des Warschauer Zentrums für Internationale Beziehungen, auf der die Ergebnisse der Untersuchung „Transatlantic Trends 2006“ vorgestellt wurden, http://www.csm.org.pl/pl/files/seminar/2006/konf_i_sem_0306.pdf.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen aus innenpolitischer Sicht sowohl ökonomische Fragen (Umfang der Investitionen in die infrastrukturelle Ausstattung der Raketenabwehrbasis) als auch rechtliche Probleme (Exterritorialität, Verantwortlichkeit für eventuelle Verluste und Schäden, Zuständigkeit der polnischen Gerichtsbarkeit für das am Stützpunkt beschäftigte Personal). Politiker, Parlamentarier, Sicherheitsexperten und Bürger beklagen derweil den Mangel an offiziellen, regierungsamtlichen Informationen über das amerikanisch-polnische Raketenabwehrprojekt, obwohl derzeit zahlreiche Diskussionsveranstaltungen in Radio und Fernsehen stattfinden, an denen auch Mitglieder der polnischen Verhandlungsdelegation teilnehmen. Laut dem Verhandlungsführer und stellvertretenden Außenminister Polens, Witold Waszczykowski, muss zunächst absolute Sicherheit darüber herrschen, dass die geplante Raketenabwehrbasis und ihr Schutzsystem die Sicherheit des Staates erhöht und die Bindungen zwischen Polen und den USA stärkt. Dann werde es völlig genügen, der polnischen Bevölkerung diesen Sachverhalt klar darzustellen, um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für derartige Lösungen zu erzielen.⁷⁰

Unterdessen rechnet Waszczykowski mit dem Baubeginn der US-Raketenabwehrbasis in Polen bereits im Februar kommenden Jahres, wenn es im September zu festen Vereinbarungen komme. Die USA hätten bestätigt, sagte der polnische Verhandlungsführer Ende Juni in Washington, dass Polen mittels eines Computerterminals ständigen Zugang zu den Daten der US-Radaranlage in Tschechien erhalte und die Möglichkeit des Zuganges zur Programmierphase des Raketenstarts im Falle eines Angriffs haben werde. Bekannt wurde auch, dass eine der wichtigsten polnischen Forderungen der Zugang zu amerikanischen Geheimdienstdaten über Osteuropa ist. Allerdings verzichtete Warschau auf zusätzliche Sicherheitsgarantien seitens der USA für Polen. Ende Juli/Anfang August sollen amerikanische Experten zu einer neuen Verhandlungsrunde nach Warschau kommen. Als Standort für die Abfangraketen ist der stillgelegte Flughafen Rędzikowo am Stadtrand von Słupsk (Stolp) im Nordwesten Polens ausgewählt worden, wie aus Warschauer Regierungskreisen zu hören ist.⁷¹

Nachtrag:

Stephan Raabe, Leiter des Auslandsbüros Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Maria Wągrowska ist Publizistin und Analytikerin für internationale Politik, Sicherheit in Europa und transatlantische Beziehungen. Sie ist Autorin zahlreicher Publikationen in diesen

Bereichen. Mit diesen Themen beschäftigte sie sich auch beim Zentrum für Internationale Beziehungen, einem langjährigen Partner der KAS in Polen.

⁷⁰ Vgl. Gazeta Wyborcza v. 23.1.2007.

⁷¹ Vgl. Gazeta Wyborcza v. 23. Juli 2007.

Tschechien:

Auseinandersetzung um Raketenschirm Belastung für deutsch-tschechische Beziehungen?

Stefan Gehrold

Raketenabwehr gegen Russland? Die Tschechen verstehen die Welt nicht mehr. Und die Deutschen auch nicht. Die tschechische Regierung hofft den Bündnispartner USA bei der Etablierung eines Abwehrschirms gegen islamistischen Terror unterstützen zu können. Die Einrichtung eines Schirms gegen Russland wird nicht ernsthaft diskutiert. Aufmerksam verfolgt man jetzt die Positionierung des deutschen Außenministers. Dabei sollte die deutsche Seite vorsichtig sein, denn die deutschen Initiativen werden als Einmischung in nationale tschechische Angelegenheiten betrachtet. Die harsche französische und deutsche Kritik an der Beteiligung tschechischer, polnischer und slowakischer Einheiten an der militärischen Intervention der Koalitionsstreitkräfte im Irak ist den Tschechen noch in ungueter Erinnerung. Und im Verhältnis zu Deutschland kochen ohnehin die Emotionen schnell hoch. Es ist nicht nur eine Minderheit, die darauf hinweist, dass doch die Deutschen in der Zeit des Protektorats in Böhmen und Mähren auch schon alles bestimmen wollten. Vizepremier und Botschafter a. D. in Washington Alexandr Vondra (ODS, Europaressort) giftete im März in Richtung Berlin: „Die Deutschen sind nur beleidigt, dass man sie nicht fragte.“

Zehn Raketen zur Abwehr von „Schurkenstaaten“?

Zum Streitgegenstand: Die USA wollen ihren bestehenden Raketenabwehrschirm erweitern. Geplant ist eine Radarstation in Tschechien und die Installation von 10 Abfangraketen in Polen. Bis 2013 soll das Projekt verwirklicht werden und Europa und die USA vor Raketenangriffen aus dem Iran oder anderen „Schurkenstaaten“ aus dem Nahen und Mittleren Osten schützen. Sowohl die tschechische als auch die polnische Regierung unterstützen dieses Vorhaben, sehen sich dabei aber Widerständen in der eigenen Bevölkerung ausgesetzt. Vor allem die Bevölkerung an den für den Bau der Radaranlage potentiellen Standorten spricht sich dagegen aus. Nicht außer Acht gelassen werden dürfen durch das Errichten der Radaranlage und dessen Wartung entstehende mögliche wirtschaftliche Vorteile. Die Regierungen behalten sich jedoch vor, die endgültige Entscheidung selbst zu treffen.

Momentan verhandeln Polen und Tschechien mit den USA. Die Präsidenten der beiden mitteleuropäischen Länder vereinbarten bei einem Treffen in der Nähe Prags im Mai enge Absprachen. Als Reaktion auf die russischen Einwänden gegen das Vorhaben versuchten die USA Russland von der Notwendigkeit dieser Anlagen zu überzeugen. Welche Rolle die NATO in dem Quartett, bestehend aus Polen, Tschechien, Russland und den USA, spielen wird, ist noch offen.

Tschechische Regierung bewertet Gefahr eines Angriffs als „real“

Die Bedrohung durch Interkontinentalraketen mit nuklearen Sprengköpfen aus islamistischen Staaten, insbesondere dem Iran, wird als sehr real eingestuft. Die politische Klasse und sämtliche führende tschechische Sicherheitsexperten teilen die wohl einhellige Auffassung der Amerikaner, dass die Bemühungen zur Eindämmung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen im Wesentlichen gescheitert sind, es sich dabei im Grunde nur noch um Initiativen zur Verlangsamung der Verbreitung handelt. Es kommt aus ihrer Sicht im Zeitalter des praktisch ungehinderten Zuganges zu Massenvernichtungswaffen darauf an, sich gegenüber Systemen zu schützen, bei denen eine reine Abschreckungsstrategie nicht erfolgreich sein kann.

Am 10. Mai besuchte der tschechische Außenminister Fürst Karel Schwarzenberg (unabhängig, Grüne) seinen deutschen Amtskollegen Steinmeier in Berlin. Das deutsche Außenministerium steht dem geplanten Raketenschild skeptisch gegenüber und betonte – ebenso wie Schwarzenberg –, dass eine Lösung dieses Problems nur im Rahmen eines offenen Dialogs mit allen NATO-Verbündeten erreicht werden könne.

In Tschechien fürchtet man sich laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CVVM der Tschechischen Akademie der Wissenschaften aus dem 1. Quartal 2007 eher vor den Folgen des Klimawandels als vor Kriegshandlungen vor Ort. Obgleich die Regierung die Gefahr eines Angriffs auf der Grundlage eines am 27.04.2007 in der auflagenstärksten tschechischen Tageszeitung MF Dnes veröffentlichten Gastkommentars von US-Außenministerin Condoleeza Rice und US-Botschafter Graber als „real“ einschätzt, schwächt Michal Petřík, ein dem Prager Zentrum für Wirtschaft und Politik (CEP) nahe stehender Berater von Staatspräsident Klaus, diese Gefahr in einem Artikel vom 09.06.2007 und damit nach dem Prag-Besuch von George W. Bush am 05./06.06.2007 ab. Er äußert weitestgehend Bedenken im Bezug auf Souveränitäts- und Sicher-

heitsfragen sowohl nationaler wie multilateraler Art. Der Grundtenor ist: Jeder demokratische Staat auf dieser Erde hat das Recht zur Errichtung von militärischen Systemen auf seinem Staatsgebiet, kann frei entscheiden, ob es fremden Militäreinheiten Teile seines eigenen Territoriums zur Verfügung stellt und kann dabei seine Allianzpartner, sofern vorhanden, nicht nur in das eigene Kalkül, sondern auch in die Diskussion einbeziehen.

Wie Warschau verlangt allerdings auch Prag für das Aufstellen der Anlagen im Gegenzug Sicherheitsgarantien der USA. Man möchte im Falle eines russischen Angriffes von den USA beschützt werden. Zur Koordination der eigenen Schritte bei der Er- und Einrichtung des Radars ernannte Premierminister Mirek Topolánek (ODS) daher den angesehenen Diplomaten, Journalisten und Harvard-Absolventen Tomáš Klvana zum Koordinator des Raketenabwehrprogramms. Ferner kündigte er am 12.06.2007 an, dass er das Parlament laufend über die Entwicklungen zum Thema unterrichten werde. Diesem obliegt auch nach gegenwärtiger Rechtslage die abschließende Entscheidung über das Projekt. Klvana seinerseits äußerte in einem ersten Statement, dass die heiße Phase der Verhandlungen erst im September beginnt. Die ständig von der Opposition entfachte Diskussion zum Thema Referendum schläft vielleicht bis dahin wieder ein. Verteidigungsministerin Vlasta Parkanová (Christdemokraten) und Vondra kritisierten, in einem System der repräsentativen Demokratie wäre die Abhaltung eines Referendums ohnehin eine Form der Abschiebung von Verantwortung der Parlamentarier auf das Volk.

Die tschechische Diskussion im Überblick

Die tschechische Bevölkerung steht dem Projekt der Ansiedlung des Radars, Umfragen von CVVM zufolge, zwar immer noch mehrheitlich negativ gegenüber, es ist jedoch ein steter Anstieg des Anteils der Befürworter zu beobachten. Dem konservativen Spektrum nahe stehende, private Meinungsforschungsinstitute, etwa Factum Invenio zufolge, halten zwischenzeitlich sogar die Befürworter der Einrichtung eine hauchdünne Mehrheit. Nach der jüngsten, am 31.05.2007 veröffentlichten CVVM-Umfrage stehen die Anhänger der regierenden ODS in dieser Frage mehrheitlich (61 %) hinter ihrer Partei, während sich die Anhänger der anderen, im Parlament vertretenen Parteien mehrheitlich gegen das Vorhaben aussprechen (KDU-CSL 36%, Grüne 25%, CSSD 15% und KSCM 5%). Das Thema wird in Tschechien durchaus intensiv sowohl auf akademischer Ebene als auch in der Bevölkerung diskutiert.

Die fünf im Parlament vertretenen Parteien lassen sich zum Thema Raketabwehr in Tschechien grob in drei Lager gliedern:

- Uneingeschränkte Befürworter: Die größte Regierungspartei ODS steht gänzlich hinter dem Projekt.
- Befürworter mit Einschränkungen: Weite Teile der beiden Koalitionsparteien KDU-CSL und Grüne stehen den Plänen zur Raketabwehr eher positiv gegenüber, vertreten jedoch wie etwa Verteidigungsministerin Parkanová, der von den Grünen nominierte, parteilose Fürst Schwarzenberg oder Grünenchef Martin Bursik die Haltung, dass Tschechien seine Bündnispartner in EU und v.a. NATO in die Entscheidungsfindung einbeziehen sollte. Wichtig ist für die Genannten jedoch parallel zur ODS die Wahrung der eigenen Souveränität, so die Verteidigungsministerin am 28.03.2007. Die verhältnismäßig kleine pazifistische Fraktion im Lager der Grünen distanziert sich deutlich von einem Alleingang der USA und der Entscheidung der Parteiführung vom 27.05.2007. Ebenso wie die Christdemokraten spricht man sich für eine Eingliederung des Abwehrsystems in NATO-Strukturen aus.
- Die beiden Oppositionsparteien CSSD (Sozialdemokraten) und KSCM (Kommunisten) haben abgesehen von wenigen Ausnahmen (z.B. der ehemalige Premierminister Stanislav Gross) große Bedenken gegen das Raketabwehrsystem. Während die KSCM das Projekt konsequent ablehnt, Demonstrationen und andere Kundgebungen v.a. in vom Radar „betroffenen“ Orten organisiert und dort damit kräftig punktet, nähert sich die größte Oppositionspartei CSSD dem Thema nüchterner. Vorsitzender Jiri Paroubek hatte anlässlich des Besuchs von George Bush die Gelegenheit, die Bedenken der Partei dem amerikanischen Präsidenten persönlich darzulegen. Dies sind insbesondere die scharfe russische Kritik, die Ablehnung durch den deutschen Partner (SPD) und die fehlende Einbeziehung der NATO.

Die tschechische Medienlandschaft dominieren seit Beginn diesen Jahres zwei Themen: Die Folgen der globalen Erwärmung sowie die amerikanische Raketabwehr und die hiermit verbundene geplante Errichtung eines Radars auf tschechischem Territorium. An letzterem scheiden sich – politisch gesehen – die journalistischen Geister schärfer als womöglich je zuvor. Wirklich neutral äußerte sich letztlich nur die Tageszeitung Hospodárské noviny, die zudem mehrfach Außenansichten auf das Thema (etwa am 13.3.2007 auf die deutsche Sicht) veröffentlichte. Dennoch wird

intensiv diskutiert. Zahlreiche Diskussionsrunden in Radio und Fernsehen behandeln das Thema und ergänzen Berichterstattung und Kommentierung in der Presse. Das Echo der Veröffentlichungen ist: Zurück zum eingeschlagenen Weg der besten Verteidigung – Einbindung der NATO-Partner. Seit dem G8-Gipfel ist jedoch ein deutlicher Rückgang des Medienechos zu verzeichnen.

In Fachkreisen treffen nicht alle Initiativen der USA auf ungeteilte Zustimmung. Für durchaus berechtigt hält nicht nur der Sicherheitsexperte Dr. Jiri Schneider (Botschafter in Israel a. D.) vom sicherheitspolitischen Institut PASS das Argument, eine bilaterale Vereinbarung untergrabe das Fundament der NATO. Luboš Marek, ein Analytiker des tschechischen Verteidigungsministeriums und Spezialist für Raketabwehrsysteme, führt an, dass die zu errichtenden Teile des Raketenschildes weder Tschechien und Polen schützen könnten, noch gegen Russland ausgerichtet werden könnten. Allerdings sei die Technologie noch nicht ausgereift. Letzte Tests in den USA scheiterten.

Der Umgang mit Russland

Dennoch, der Argumentation, Russland wäre nicht ausreichend informiert worden, stimmt im Grunde niemand zu. Bereits beim NATO-Gipfel im Jahr 2002 in Prag, so erinnert man sich, wären doch die Pläne ausführlich präsentiert worden. Ferner gäben sich doch die amerikanischen Kabinettsmitglieder in Moskau die Klinke in die Hand. Außenminister Fürst Schwarzenberg setzt ferner entgegen, Russland verfüge über ausreichende militärische und finanzielle Ressourcen (wie beim erfolgreichen Test am 29.05.2007 zu sehen war), um einer realen oder gefühlten Bedrohung entgegen zu treten bzw. sich entsprechend zu schützen. In mehreren Interviews betonte er die Unterstützung Tschechiens für das amerikanische Ansinnen.

Gleichzeitig signalisierte er Verhandlungsbereitschaft. Diese wird vor allem in Gesprächen mit Russland strapaziert werden. Russland fühlt sich aufgrund des Vorhabens, Raketen in Polen zu stationieren, in seiner Sicherheit bedroht. Parallelen zum Beginn der 80er Jahre werden erkennbar. Stichwort: NATO-Doppelbeschluss. Minister Schwarzenberg ist davon überzeugt, den Russen den tschechischen Standpunkt nahe bringen zu können. Dabei hilft durchaus, dass viele tschechische Politiker noch recht passabel russisch sprechen können. Auch betrachtet man sich letztlich, trotz der sowjetischen Okkupation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als zum gleichen slawischen Kulturkreis zugehörig.

Die tschechische Regierung hält die russischen Bedenken für grundlos. Das Raketenabwehrsystem ist ihrer Meinung nach rein defensiv und nicht als Angriffssystem entwickelt. Sollte Russland ernsthaft überlegen, Amerika mit Raketen anzugreifen, würden diese über den Nordpol fliegen und nicht über Europa. Zudem besitzt Russland weit mehr als 1000 Trägerraketen und mindestens ebenso viele Sprengköpfe. 10 Abwehrraketen würden also bei weitem keinen Schutz bieten. Außerdem, und das wissen die Russen, sind Abfangraketen deutlich langsamer als Interkontinentalraketen mit atomaren Sprengköpfen. Die in Polen stationierten Raketen müssten also quasi den russischen hinterherfliegen und hätten keine Chance, diese jemals zu erreichen.

Tschechische Sicherheitsexperten argumentieren, dass Russland diesem System militärisch deutlich gewachsen ist und es für den russischen Staat keinerlei Gefahr bedeutet, wissen wohl die russischen Politiker. Gründe für ihr scharfes Vorgehen sind also andere: Drohender Verlust von Einfluss, Angst vor Umklammerung europäischer Staaten und vor einem Ausweiten der Eurozone. Gerade das Wiedererwachen der russischen Imperial-Politik führen Tschechen als Grund des deutlichen Auftretens Russlands an. In ihren Augen erträgt es Moskau nur schwer, wenn ehemalige Satelliten-Staaten andere Wege gehen. Der tschechische Ministerpräsident Mirek Topolánek (ODS) warf Moskau vor, mit seiner Politik einen „äußeren Feind“ anzugehen, um damit von innenpolitischen Problemen abzulenken. Putins Vorschlag von Heiligendamm, eine Basis in Aserbaidshan zu nutzen, gilt allerdings bei Experten als unpraktisch, aber als Teil des politischen Spiels. So auch NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer in einer ersten Reaktion nach dem Ende des G8-Gipfels.

Danke Amerika

Was bewegt die Tschechen, die mittlerweile wohl mehrheitlich für den Aufbau der Radarstation bei Pilsen sind (s. o.), die USA unterstützen zu wollen? Die Tschechen als kleines Volk sind wie bereits im Irakkrieg stolz, dass man sie bittet, ihren Teil beim Aufbau eines Abwehrsystems beizutragen. Die Amerikaner sind als Weltpolizei in Tschechien akzeptiert. Im Kampf für Frieden, Demokratie und Freiheit in der Welt haben sie sich in der historischen Rückschau aus tschechischer Perspektive als zuverlässiger Partner erwiesen. Davon zeugen nicht nur „Danke, Amerika“-Transparente in einer Demonstration am 6.6.2007 anlässlich des Besuchs des amerikanischen Präsidenten, sondern auch die alljährlich stattfindenden Feierlichkeiten anlässlich der amerikanischen Befreiung Westböhmens von der deutschen Besatzung. Die Regierung Topolánek versucht auf politischer Ebene, den

Amerikanern zumindest ansatzweise dieses militärische und politische Engagement im 20. Jahrhundert zu vergelten. Ferner hofft man, dass eine Kooperation mit den USA diese zu Zugeständnissen und Sicherheitsgarantien in der Zukunft bewegen könnte. Die geplante Abschaffung der Visapflicht für tschechische Staatsbürger soll zwar in keinem Zusammenhang stehen, wie unlängst US-Präsident Bush, der Vaclav Klaus und Premierminister Topolánek auf einer gemeinsamen Pressekonferenz traf, betonte, zum Nachteil wird das Entgegenkommen durch die Einrichtung der Radarstation den Tschechen jedoch auch nicht reichen.

Nicht ganz unbeachtlich ist auch das ökonomische Argument. Die Radarstation wird die Stationierung von Personal nach sich ziehen, was in der eher strukturschwachen Region des Mittelgebirgszugs Brdy, wo die Station stehen soll, für eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung und vor allem für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sorgen könnte. Die möglichen Kosten schrecken die Tschechen wenig, tragen doch die USA nach deren eigenem Vorschlag diese zu praktisch 100%. Allerdings, und das ist wohl allen Beteiligten völlig klar, ist dies nur der Anfang. Sollten weitere Test der Amerikaner erfolgreich verlaufen, werden die jetzt geplanten Systeme in etwa 10 Jahren massiv aufgestockt werden. Die USA bereiten das Terrain für das Postproliferationszeitalter.

Deutsche und Tschechen – eine unendliche Geschichte

Sehr aufmerksam verfolgt die tschechische Öffentlichkeit und die politische Klasse in Tschechien die Diskussion in Deutschland. So, wie auch kleinste Unmutsäußerungen von der deutschen Seite in Tschechien sehr schnell die Gemüter erregen, werden auch die Initiativen von Teilen der deutschen Regierung mit Stirnrunzeln zur Kenntnis genommen.

Gerade nationale Kreise der Regierungspartei ODS nutzen den Anlass, um die Loslösung von Deutschland und der deutschen Politik in jeder Hinsicht zu fordern. Hysterisches Gekeife war auch bei einigen National-Populisten rund um die als extrem aggressiv bekannte Journalistin und Fernsehmoderatorin Jana Bobosikova, MdEP, zu vernehmen, deren Gruppierung sich zum Entsetzen des ODS main streams, die vom Premier getrennt lebende Ehefrau Pavla Topolankova anschloss. Dennoch mahnt man zur Besonnenheit. Schwarzenberg wies darauf hin, dass ihm nach einem Treffen mit Verteidigungsminister Franz-Josef Jung deutlich geworden wäre, dass in der Bundesregierung sehr differenziert über das amerikanische Vorhaben gedacht würde. Premier Topolánek teilte mit, dass für ihn die Angelegenheit

keine bilaterale Dimension hätte. Allenfalls könnte im NATO-Rahmen, dort wäre dann auch Deutschland beteiligt, darüber diskutiert werden. In seinen Konsultationen mit der Bundeskanzlerin nähme die Errichtung des Schirms keinen Raum ein.

Fazit: Sowohl die Regierung als auch Teile der Opposition vertreten den Standpunkt, dass die Einrichtung des Schirms Vorteile bringt und den eingegangenen sicherheitspolitischen Verpflichtungen entspricht, auch wenn die NATO in den Entscheidungsprozess einbezogen werden sollte. Die kleinen, aber dennoch für die Regierung Topolánek so überlebenswichtigen Koalitionspartner sollten ihren Standpunkt jedenfalls über den Sommer deutlicher kommunizieren. Washington jedenfalls erwartet bis Ende des Jahres eine klare Aussage, ob Tschechien dem Bau zustimmt oder nicht.

Dr. Stefan Gehrold war bis Ende 2007 Leiter der Länderprogramme Tschechien und Slowakei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Russische Reaktionen auf die geplanten Militärbasen in Osteuropa

Thomas Kunze und Henri Bohnet

Russland ist zum lautstärksten Gegner der US-Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Europa geworden, weil es eine Verlagerung der strategischen Machtverhältnisse zu seinen Ungunsten befürchtet. Moskau als wieder erstarkte Großmacht will sowohl seinen unmittelbaren Nachbarn als auch seinen Partnern weltweit deutlich machen, dass die Zeiten der – aus seiner Sicht – einseitigen Zugeständnisse im Zuge der NATO-Erweiterung vorbei sind. Auf der anderen Seite ist der angedrohte Rücktritt aus internationalen militärischen Verpflichtungen im Kontext der bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Lande zu sehen. Der Vorschlag an die Amerikaner, in Aserbaidschan bei der Raketenabwehr zusammenzuarbeiten, bietet vielleicht dennoch eine Chance, die in letzter Zeit zu sehr politisierten Gegensätze durch vertrauensbildende technische Kooperation zu entschärfen.

„Das strategische Gleichgewicht in der Welt ist (durch die Pläne der Amerikaner) gestört worden. Um dieses Gleichgewicht wiederherzustellen (...) sind wir gezwungen, ein System zur Überwindung dieses Abwehrsystems zu schaffen“, so Präsident Putin.⁷² Daraufhin verkündet der erste Vizepremier Iwanow am 29.05.2007 den erfolgreichen Test einer neuen Interkontinentalrakete, die „in der Lage ist, jedes Abwehrsystem heute und in der Zukunft zu umgehen“.⁷³ Putin warnt vor einem „Pulverfass Europa“ und der Gefahr eines „atomaren Konflikts“. In der russischen Presse kursieren Spekulationen über ein neues Wettrüsten: Als „angemessene“ Antwort auf die US-Raketen bezeichnete die Zeitung „Iswestia“ die Möglichkeit der Produktion von alten SS-20 oder von modernen „Iskandr“-Mittelstreckenraketen.⁷⁴

Zur selben Zeit veröffentlicht das russische Verteidigungsministerium eine neue Militärdoktrin, in der das „Bedrohungspotential“ der NATO neu ein-

⁷² Kremlin.ru, 29.5.07 und 1.6.07.

⁷³ Zitiert nach RFE/RL, 30.5.07.

⁷⁴ „Putin: Russland ist gezwungen, sein Verteidigungspotential zu stärken“, Iswestia, 22.2.07.

gestuft wird: Eine direkte Antwort auf Amerikas neue Pläne in Europa?⁷⁵ Russland zweifelt offensichtlich die Effektivität des geplanten US-Raketenabwehrsystems gegenüber möglichen Angriffen aus dem Iran und Nordkorea an: „Wir wissen von Experten, dass das Ziel, Raketen aus Iran und Nordkorea abzuwehren, nicht möglich ist“, so Außenminister Lawrow in einer Stellungnahme.⁷⁶

Amerikanische Raketen an Russlands Grenzen: Ein Affront?

Russische Militärs gehen davon aus, dass die vorgesehenen Raketenbasen in Polen und Tschechien von den Amerikanern jederzeit aufgestockt werden können, mit unmittelbarer Folge für Russlands strategische Sicherheit.⁷⁷ Der Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte äußerte die Besorgnis, die US-Initiative könnte die Kräftebalance in Europa untergraben und die nukleare Abschreckungskraft Russlands „unter bestimmten Umständen“ beeinträchtigen.⁷⁸ Öffentlich erwägt er die Möglichkeit, dass Russland als Antwort auf die Stationierung aus den Vereinbarungen des „Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty“ (INF) austreten könnte.

Gleichzeitig warnen die Militärs, russische Raketen könnten auf die amerikanischen Raketenbasen in Europa gerichtet werden, sollten die USA mit ihren Plänen Ernst machen.⁷⁹

Sicherheitspolitische Auseinandersetzungen zwischen Russland und dem Westen sind nicht neu. Der wesentliche Stein des Anstoßes stellt in den Augen der russischen Militärführung die NATO-Expansion bis an die russischen Grenzen dar, wie der Präsident der Russischen Akademie für Militärwissenschaften, General Machmut Garejew, klarstellt: Er kritisiert, dass die Aufnahme neuer Mitglieder durch die NATO gegen den russischen Willen und – in russischen Augen – entgegen früherer Vereinbarungen mit den USA durch-

⁷⁵ Im Februar 2007 stellte der damalige Verteidigungsminister Iwanow das Modernisierungsprogramm der Streitkräfte vor, dass neben umfangreichen Aufrüstungen und Umstrukturierungen ein Militärbudget von 821 Milliarden Rubel für 2007 vorsieht (rund 25 Milliarden Euro): eine Vervierfachung des Haushalts von 2002. Siehe dazu Victor Yasman: „Russia: Reviving The Army, Revising Military Doctrine“, in Radio Free Europe / Radio Liberty, 12.3.07.

⁷⁶ Zitiert nach RIA-Nowosti: „Missile shield in Europe will not tackle Iran, N. Korea threat“, 21.2.07.

⁷⁷ Simon Saradzhyan: „A dangerous game in Russia’s backyard“, ISN Security Watch, 7.3.07.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ Federico Bordonaro: „B.M.D. Debate Heats Up in Europe“, Power and Interest News Report, 13.3.07.

geführt wurde.⁸⁰ „Uns wurde damals versprochen, dass die NATO nicht erweitert wird und dass keine militärische Infrastruktur in Osteuropa angelegt wird“, so Außenminister Lawrow in einem Fernsehinterview im März: „Die Zeit fürs Reden ist vorbei und wir wollen Entscheidungen über unsere Sicherheit treffen, die auf realen Fakten basieren.“⁸¹

Eine mögliche Bedrohung Europas durch Interkontinentalraketen aus dem Iran oder Nordkorea sieht Russland also nicht. Iwanow argumentiert in einem im April in der Financial Times veröffentlichten Artikel hierzu: „Heutzutage existieren derartige externe Bedrohungen nicht und werden auch in voraussichtlicher Zukunft nicht existieren.“ Mögliche Bedrohungen von „Schurkenstaaten“ „könnten eine selbsterfüllende Prophezeiung als Folge von unvorsichtigen Maßnahmen werden.“⁸²

Die Entscheidungsträger in Moskau empfinden die Einhaltung des INF und insbesondere des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) als einseitig: Während Russland sich an die Abmachungen hält, weigern sich die westlichen Regierungen (u.a. die USA), den KSE-Vertrag zu ratifizieren unter dem Vorwand, Russland halte sich nicht an die „Istanbuler Abmachungen“ von 1999, die den Abzug der russischen Armee aus seinen Basen in Transnistrien, in der Ukraine und Georgien vorsehen.⁸³

Präsident Putin: „Wir setzen (den KSE-Vertrag) wirklich um. Wir haben all unsere schweren Waffen (...) bis hinter den Ural verlagert. Wir haben unsere Streitkräfte um 300.000 reduziert. (...) Aber was sehen wir als Antwort darauf? Osteuropa erhält neue Waffen, zwei Militärbasen werden in Rumänien und Bulgarien errichtet (...) und wir fragen uns: Was passiert hier gerade? Russland rüstet einseitig ab (...) aber wir wollen auch, dass unsere Partner hierzu bereit sind. Aber im Gegenzug wird Europa mit neuen Waffen vollgepumpt. (...) Uns wird gesagt, dass dieses (amerikanische) Raketenabwehrsystem gegen etwas gerichtet ist, was es in Wirklichkeit nicht gibt.“⁸⁴ Als Folge kündigt Putin in seiner Rede an die Staatsduma am 26.04.2007 an,

⁸⁰ Federico Bordonaro: „The trans-Atlantic BMD showdown“, ISN Security Watch, 15.2.07.

⁸¹ Zitiert nach ISN Security Watch, 7.3.07.

⁸² Sergei Lavrov: „A crucial debate on Europe’s anti-missile defences“, Financial Times, 11.4.07.

⁸³ Dagegen argumentiert Moskau, dass diese Basen ausschliesslich für Friedenserhaltungsmaßnahmen genutzt werden. Siehe Richard Weitz: „Russia’s missile defense fears“, EurasiaNet, 8.3.07.

⁸⁴ Kremlin.ru, 4.6.07.

ein „Moratorium“ auf die russischen Verpflichtungen zum KSE-Vertrag zu verhängen.

Russland als wiedererstarkte Großmacht

Die auf russische Initiative einberaumte Sondersitzung der KSE-Vertragsstaaten in Wien verlief in dieser Woche ergebnislos, ein gemeinsames Abschlusskommuniqué konnte nicht verabschiedet werden. „Der jetzige Vertrag ist für alle Intentionen bedeutungslos geworden“, so der Abrüstungsunterhändler des Kremls, Antonow.⁸⁵ Moskau macht unter anderem seinen Verzicht auf ein KSE-Moratorium davon abhängig, ob die neuen NATO-Mitglieder Slowenien und das Baltikum den KSE-Vertrag ratifizieren.

In einem russischen Moratorium sehen Experten allerdings nicht nur die Reaktion auf die amerikanischen Raketenpläne, sondern auch eine wohlkalkulierte Maßnahme, um eigene Interessen zu verfolgen: Einerseits fordern führende Militärs bereits seit einiger Zeit, die Streitkräfte an Russlands volatilen südwestlichen Rändern (Kaukasus, Schwarzmeerregion) aufzustocken, um dort territoriale Stabilität garantieren zu können. Andererseits will Moskau den Westen vor der NATO-Aufnahme der Ukraine und Georgiens warnen. Das „nahe Ausland“ der ehemaligen Sowjetrepubliken sieht Moskau immer noch als exklusive Einflussphäre.⁸⁶

Mit dem Test der neuen Interkontinentalrakete will der Kreml seine wiedererlangte strategische Bedeutung im regionalen und globalen Sicherheitskontext unterstreichen. Der – in Folge des „Kursk“-Unglücks und des noch andauernden Tschetschenien-Krieges entstandene Eindruck – einer veralteten und demoralisierten russischen Armee soll einem erneuerten, Respekt gebührenden „Image“ weichen. Daneben wird in der verbalen Konfrontation zwischen Moskau und Washington der Versuch des Kremls gesehen, Europa in zwei Lager zu spalten: In Gegner des Raketenschildes und Befürworter einer Annäherung mit Russland auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Förderer der US-Initiative, die – wie Polen, die baltischen Staaten und Tschechien – aus historischen Gründen misstrauisch gegenüber Moskau sind. Zu einer Spaltung ist es allerdings bisher nicht gekommen: Das geschlossene Auftreten der NATO-Staaten auf der jüngsten KSE-Sondertagung und der Verlauf des letzten EU-Russland-Gipfels in Samara belegen dies.

85 RFE/RL, 18.6.07.

86 Siehe RFE/RL vom 28.4.07., sowie Sam Black: „Russia and the Future of the INF“, in: Center for Defense Information, 20.3.07.

Am Vorabend einer wichtigen Wahlsaison

Aller Voraussicht nach wird erstmalig in seiner Geschichte ein russisches Staatsoberhaupt nach den Wahlen im kommenden März verfassungsgemäß sein Mandat an einen gewählten Nachfolger weitergeben. Davor noch wird im Dezember ein neues Parlament in Russland gewählt. Die innenpolitische Lage ist am Vorabend dieser Machtübergabe gespannt. Die in russischen Ohren ständig wachsende Kritik des Westens an der Regierungsführung des Kremls und vor allem an Demokratiedefiziten und Menschenrechtsverletzungen steigert unter den Entscheidungsträgern die Nervosität. Vor diesem Hintergrund soll die angriffslustige Haltung bei der Debatte über die Raketenstationierungen politische Stärke und Stabilität auch nach innen projizieren: Der Oppositionspolitiker Kasparow sieht einen direkten Zusammenhang zwischen westlicher Kritik an Menschenrechtsverstößen in Russland und Moskaus Wortattacken gegen die Amerikaner: „Putin nutzt (die Stationierung) für seine eigenen Ziele und würde seinen Widerstand dagegen aufgeben, wenn die Amerikaner und Europäer nur ihre Kritik an der russischen Demokratie und Menschenrechten aufgäben.“ Kasparow ist der Meinung, dass – verglichen mit den gesellschaftlichen Zuständen im Lande, der Korruption und fortbestehender Armut – der Stationierungsstreit für die Mehrheit der Russen im Grunde irrelevant sei.⁸⁷ Die Auseinandersetzung kommt zu einem Zeitpunkt, wo in der politischen Elite eine große Ungewissheit über eine Zeit nach Putin herrscht und die große Bevölkerungsmehrheit diversen Umfragen zufolge sich ein Weiterregieren des jetzigen Präsidenten – im Interesse der gewonnenen gesellschaftlichen Stabilität – wünscht.⁸⁸

Eine neue russische Initiative

Am Eröffnungstag des G-8-Gipfels in Heiligendamm überraschte Präsident Putin Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Bush mit dem Vorschlag, zwecks Raketenabwehr eine russische Radarstation in Gabala, Aserbaidschan gemeinsam mit den USA zu nutzen. Der russische Präsident warb damit, dass diese Anlage für die Sicherheit Gesamteuropas garantiere und „es uns überflüssig machen würde, Offensivanlagen an die Grenzen Europas zu positionieren“.⁸⁹ Obwohl die russische Initiative in der aserischen Öffentlichkeit gemischte Reaktionen hervorruft, spricht sich Präsident Alijew ebenfalls für die russisch-amerikanische Kooperation in seinem Lande aus:

87 RFE/RL, 5.6.07.

88 «Putins Ratings wächst 6% pro Jahr“, gazeta.ru, 19.1.07.

89 RFE/RL, 8.6.07.

„Dies ist ein neues Element in Aserbaidshans Zusammenarbeit mit diesen beiden Ländern.“⁹⁰

Ist diese Initiative also die lang erwartete Deeskalation, um den „Krieg der Worte“ zwischen beiden Lagern zu beenden und konstruktiv auf die gemeinsamen Sicherheitsbedenken einzugehen? Oder soll einfach nur das in Europa ziemlich ramponierte russische „Image“ wieder verbessert werden?

In der russischen Öffentlichkeit geht man nach entsprechenden Aussagen des Generalstabschefs Balujewskij davon aus, dass eine detaillierte Besprechung der „Gabala-Alternative“ erst während des Aufenthalts von Putin in den USA Anfang Juli zustande kommen wird. Nach ersten eher ablehnenden US-Signalen vermuten jedoch einige, dass Moskau mit seinem Vorschlag eine Absage der Amerikaner provozieren und die USA somit als „kompromisslose Aggressoren“ darstellen will.

So interessant der Vorschlag auf den ersten Blick erscheint, bezweifelt eine zunehmende Zahl von Sicherheitsexperten in Ost und West, dass die aserische Anlage – aufgrund ihrer geographischen Nähe zu iranischen Abschusspunkten – die Sicherheitsanforderungen der Amerikaner befriedigen und zusätzliche Systeme in Europa vollständig ersetzen könnte. Darüber hinaus stellen sich die Fragen, inwieweit Moskau bereit wäre, alle in Gabala gesammelten Daten mit Washington zu teilen, und: Würde Washington sich mit einer hundertprozentigen Annahme des russischen Vorschlags nicht völlig abhängig von Moskaus militärischer Infrastruktur machen?⁹¹

Bisher scheint es unwahrscheinlich, dass sowohl die Amerikaner als auch die Russen ihre autonomen Entscheidungswege im Bereich der Kriegsführung kompromittieren oder gar auf diese verzichten würden. Aber: Gabala könnte ein Anstoß für eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland sein, um eine konkrete Bedrohung frühzeitig zu erkennen. Denn der Beschluss über eine bilaterale Kooperation – gerade im Rahmen eines gemeinsamen Frühwarn- und Analysezentrum in Moskau – wurde bereits 1998 von beiden Seiten gefasst. Allerdings wurde er bis heute nicht umgesetzt.

Dr. Thomas Kunze, war bis Oktober 2007 Leiter des Auslandsbüros Moskau der Konrad-Adenauer-Stiftung, Henri Bohnet war dort als Trainee tätig.

⁹⁰ Zitiert nach IWPR Caucasus Reporting Service, 14.6.07. Welche Rolle dabei Aserbaidshans selbst spielen würde, bleibt vorerst unklar.

⁹¹ Vgl. Russia Profile Weekly Experts Panel: „Assessing the New Cold War“, 15.6.07.

Zwischen den Stühlen? Deutschland und die Raketenabwehr⁹²

Benjamin Schreer

Die Frage der deutschen Beteiligung an der ballistischen Raketenabwehr für Europa im Rahmen der NATO gewinnt an Brisanz. Lange Zeit war Deutschland im Verbund mit anderen europäischen NATO-Verbündeten bestrebt, das Problem auszusetzen und ein klares Bekenntnis für oder gegen eine Stationierung zu vermeiden. Mit der Eröffnung bilateraler Verhandlungen mit Polen und Tschechien um die Stationierung von Systemen haben die USA jedoch den Druck auf die europäischen Verbündeten deutlich erhöht, Position zu beziehen. Nicht zuletzt aufgrund deutscher Kritik am bilateralen Vorgehen war die US-Regierung bereit, die Angelegenheit auch im NATO-Rahmen wieder zu diskutieren – allerdings verbunden mit der Erwartungshaltung nach konkreten Ergebnissen. Gerade Deutschland droht dabei zwischen die Fronten zu geraten. Denn mehr als in jedem anderen europäischen Land ist hierzulande die vehemente russische Kritik an der geplanten Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Europa auf fruchtbaren Boden gestoßen.⁹³ Gleichzeitig gilt es, den transatlantischen Pfeiler deutscher Sicherheitspolitik nicht zu beschädigen und darüber hinaus im Bündnis Anschluss an die Entwicklungen im Bereich Raketenabwehr zu halten. Sitzt Deutschland also zwischen den Stühlen?

Deutsche Bedrohungsperzeption

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik von Staaten wird nicht zuletzt entscheidend von Bedrohungswahrnehmungen geprägt. Dies gilt gerade auch für die Raketenabwehr, die von den USA und anderen NATO-Verbündeten mit einer wachsenden Bedrohung des Bündnisgebiets durch ballistische Trägersysteme in den Händen von potentiell feindlichen Staaten wie dem Iran oder Syrien, begründet wird. Im Falle Deutschlands existiert eine deutliche Kluft zwischen der öffentlichen Perzeption und der Bedrohungsanalyse von zumindest Teilen der politischen Elite.

⁹² Der Text wurde in November 2007 für die Konrad-Adenauer-Stiftung geschrieben.

⁹³ Vgl. Hannes Adomeit/ Alexander Bitter, *Russland und die Raketenabwehr. Wer spaltet wen?*, SWP-Aktuell 23, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2007.

Die deutsche Öffentlichkeit sieht sich durch ballistische Flugkörper nicht bedroht. Generell werden eher nicht-militärische Risiken wie die globalen Erderwärmung als Bedrohung empfunden. Sicherheitsbedrohungen wie Krieg, internationaler Terrorismus oder die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Trägersystemen spielen hingegen keine große Rolle.⁹⁴ Für die Mehrheit der Bevölkerung hat die Entwicklung und Stationierung ballistischer Raketenabwehrsysteme in Europa somit keine hohe Priorität. Mehr noch, sie ist eher geneigt klassischen Argumenten gegen die Raketenabwehr wie die Gefahr eines Wettrüstens mit Russland oder die mangelnde technologische Machbarkeit der Systeme zu folgen.

Dagegen ist der Nutzen von ballistischer Raketenabwehr zumindest in Teilen der politischen Eliten erkannt worden. Hier ist man sich durchaus bewusst, dass die Entwicklungen im Bereich ballistischer Trägersysteme in Staaten wie Iran oder Syrien zumindest mittel- bis langfristig zu einer erheblichen Einschränkung der eigenen Sicherheit aber auch der sicherheitspolitischen Handlungsfreiheit des Westens führen können. So identifiziert beispielsweise das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik von 2006 die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel als zunehmende Bedrohung auch für Deutschland.⁹⁵ Zudem beteiligt sich Deutschland schon seit langem an der Entwicklung des bodengebundenen Luftverteidigungssystems MEADS (Medium Extended Air Defence System), mit dem ballistische Flugkörper mit einer Reichweite von bis zu 1000 km bekämpft werden können. Dieses System könnte eine Komponente des so genannten *Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence* (ALTBMD)-Systems sein, das die NATO entwickeln will und das auch im Rahmen einer Architektur zur Verteidigung des NATO-Territoriums genutzt werden könnte.

Allerdings zeigen sich gerade in der gegenwärtigen Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD unterschiedliche Herangehensweisen. Während die Union dem Projekt wohlwollend gegenübersteht, hat die SPD mehrmals die Gefährdung der europäisch-russischen Sicherheitsbeziehungen

⁹⁴ Vgl. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland*, Strausberg, November 2007, S. 2, >www.sowi.bundeswehr.de<.

⁹⁵ Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*, Berlin, Oktober 2006, S. 16, online Version, >www.bmvg.de<.

durch ein Raketenabwehrsystem thematisiert und vor einem neuen Wettüsten gewarnt.⁹⁶ Diese Bruchlinie spiegelt sich auf Ebene der Ministerialbürokratie. Während das SPD-geführte Auswärtige Amt weiterhin die Beziehungen zu Russland zum Maßstab der Raketenabwehrfrage macht, ist das CDU-geführte Verteidigungsministerium dem Projekt gegenüber aufgeschlossen, zumal die Entwicklung einen deutlichen Fähigkeitszuwachs der Bundeswehr bedeuten könnte. Das Kanzleramt scheint unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenwärtig ebenfalls eher geneigt zu sein, die Beteiligung an einer Raketenabwehr eher unter dem Gesichtspunkt technologischer Kooperationen und Bündnisverpflichtungen zu betrachten. Diese Konstellation dürfte ein Faktor dafür sein, dass sich das Pendel gegenwärtig in Richtung einer stärkeren deutschen Beteiligung an Raketenabwehr neigt. Zumal die russischen Bedenken mittlerweile in Berlin nüchterner betrachtet werden.

Kooperation ja, Diktat nein – Der Fall Russland

Russische Kritik an den Raketenabwehrplänen für Europa hat Gewicht in weiten Teilen der deutschen politischen Elite. Dies zeigte sich mehr als deutlich an den deutschen Reaktionen auf die Rede des russischen Präsidenten Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007. Dort postulierte er, die Raketenabwehr richte sich in Wahrheit gar nicht gegen den Iran, sondern gegen sein Land. Ein neues Wettüsten in Europa sei folglich unvermeidlich.⁹⁷ Die unmittelbaren Reaktionen in Deutschland auf diese Argumentation waren überwiegend geprägt von Zustimmung für die russische Position, obgleich offensichtlich war, dass diese bei näherer Betrachtung den Fakten nicht standhielt.⁹⁸ Ein Analyst wies treffend daraufhin, dass sich die deutsche Debatte über Raketenabwehr überwiegend auf dem Stand der 1980er Jahre um die ‚Strategische Verteidigungsinitiative‘ der Reagan-Administration bewegte und geradezu einer ‚Russland-Apologik‘ glich.⁹⁹

⁹⁶ Vgl. „Kritik an Raketenschild: Steinmeier in schwieriger Mission“, *Der Spiegel* (online), 19. März 2007; „US-Raketenabwehr: Beck unter Beschuss“, *Süddeutsche Zeitung* (online), 20. März 2007.

⁹⁷ Vgl. Wladimir W. Putin, *Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik*, 10. Februar 2007, online unter ><http://www.securityconference.de><.

⁹⁸ Vgl. Adomeit/ Bitter, *Russland und die Raketenabwehr*.

⁹⁹ Vgl. Michael Rühle, „Die überraschende Rückkehr der Raketenabwehr“, *Neue Züricher Zeitung*, 26. April 2007, S. 4; Derselbe, *Raketen, Russland, Rücksichtnahmen. Russland-Apologik als Leitlinie deutscher Sicherheitspolitik?*, Berlin, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 12. September 2007, >www.dgap.org<.

Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die deutsche Raketenabwehrpolitik letztlich nicht durch russische Bedenken entschieden werden wird. Während die Kooperation mit Moskau in dieser Frage weiterhin ein Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein wird, ist gleichzeitig klar, dass ein russisches Diktat nicht akzeptabel ist. Zumal sich hierzulande mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, dass auch das geplante Raketenabwehrsystem in Polen keinerlei Bedrohung für die russischen strategischen Offensivwaffen darstellt. Mit seiner Offerte an die NATO, eine russische Radaranlage in Aserbaidschan zu nutzen, hat Putin zudem indirekt eine potentielle militärische Bedrohung aus dem Iran eingeräumt. In der deutschen Politik reift daher die Einsicht, dass sich die russische Kritik gegen die Raketenabwehr nicht in erster Linie gegen das System als solches richtet, sondern eher Ausdruck einer generellen Unzufriedenheit mit der westlichen Sicherheitspolitik ist. So steht Moskau etwa der Ausweitung der militärischen Präsenz der NATO in Mitteleuropa ablehnend gegenüber. Dabei agiert Russland aus einer Position relativer Schwäche, schon da seine konventionellen Streitkräfte weiterhin nur ein Schatten vergangener Tage sind. Schließlich beobachtet man in Berlin interessiert die jüngsten russisch-amerikanischen Annäherungen auf dem Gebiet der Raketenabwehr. So bot Washington Moskau im Oktober 2007 gemeinsame Bedrohungsanalysen und Datenaustausch an. Darüber hinaus will die US-Regierung der Entscheidung russischer Verbindungsoffiziere zu den geplanten Raketenabwehrstellungen in Polen und der Tschechischen Republik zustimmen.¹⁰⁰ Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass die öffentliche russische Kritik an der NATO-Raketenabwehr innerhalb der Bundesregierung an Schlagkraft verloren hat.

Wachsender Handlungsdruck in der NATO

Letzten Endes sind in der Raketenabwehrfrage aus Sicht der gegenwärtigen Bundesregierung Entwicklungen im Bündnis wichtiger als die russischen Einwände. Insgesamt scheinen die Parameter für einen Fortschritt im Rahmen der NATO günstig. So registriert man in Berlin, dass auch die französische Regierung – der neben Großbritannien wichtigste europäische sicherheitspolitische Bezugspunkt – verstärkt über eine Beteiligung an einer NATO-Raketenabwehr nachdenkt. Paris will sich nicht mehr wie in der Vergangenheit einzig auf die eigene nukleare Abschreckungsfähig-

keit verlassen.¹⁰¹ Die mögliche Rückkehr Frankreichs in die integrierte militärische Struktur der NATO wird einer kooperativeren Haltung vermutlich ebenfalls zuträglich sein.

Neben dem französischen Umdenken haben die meisten europäischen Staaten den Wert der NATO-Raketenabwehr bereits erkannt. Ihnen sind die Grenzen der traditionellen Abschreckungsstrategie angesichts der veränderten internationalen Sicherheitslage und der steigenden Anzahl an Streitkräfteeinsätzen außerhalb des europäischen Territoriums bewusst. In der gegenwärtigen Diskussion um polnische und tschechische Stützpunkte sollte daher nicht vergessen werden, dass auch Großbritannien und Dänemark den USA bereits die Unterstützung bei der Nutzung von Radareinrichtungen zugesagt haben. Italien und Spanien sind schon aufgrund ihrer geographischen Nähe zum Mittleren und Nahen Osten sowie Nordafrika an solchen Systemen interessiert. Hinzu kommt, dass die NATO nach den Problemen mit der Aufstellung der NATO Response Force (NRF) und der Entwicklung des Air-Ground-Surveillance Systems (AGS) ein neues ‚Leuchtturmprojekt‘ mit integrativer Wirkung gut gebrauchen könnte. Schließlich haben die USA unmissverständlich klar gemacht, dass sie konkrete Fortschritte auf Seiten der europäischen Verbündeten erwarten.

Damit steigt innerhalb des Bündnisses der Handlungsdruck auch auf Deutschland, die eigenen strategischen Interessen im Bereich der Raketenabwehr zu definieren. Die Frage ist nicht mehr, ob Raketenabwehrsysteme in Europa stationiert werden, sondern wo und in welchem Rahmen beziehungsweise Umfang. Eine Stationierung von Raketenabwehrsystemen auf europäischem Territorium hat unweigerlich Auswirkungen für die deutsche Sicherheit. Der multilaterale Kontext der NATO bietet der deutschen Politik dabei die beste Option, eigene Interessen in die Waagschale zu werfen. Dazu gehören die kritischen Fragen, wie die politische Kontrolle und die militärischen Einsatzverfahren über den Einsatz dieser Systeme im Rahmen des Bündnisses geregelt werden. Hinzu kommt der Bereich der finanziellen Lastenteilung in der Allianz, da die USA die Gesamtkosten für die Architektur nicht alleine tragen werden. Schon auf dem nächsten NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 erwarten nicht zuletzt die Amerikaner konkrete Entscheidungen in diesen Punkten.

100 Vgl. Judy Dempsey, „U.S. Offers Russia Significant New Concessions to Gain Support for Missile Shield“, in: *International Herald Tribune*, 20. Oktober 2007.

101 Vgl. Alexander Bitter, *Die NATO und die Raketenabwehr. Implikationen für Deutschland vor dem Gipfel in Bukarest 2008*, SWP-Studie S 29, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2007, S. 27–28.

Proaktiv oder reaktiv? Der deutsche Beitrag zur NATO-Raketenabwehr

Damit steht die deutsche Politik vor einer Richtungsentscheidung in Sachen Raketenabwehr. Bleibt es weiterhin bei der eher reaktiven Politik, die eine weitgehende Verpflichtung vermeiden will? Oder will Deutschland den Prozess im Rahmen der NATO aktiver gestalten? Zweifelsohne wäre die zweite Option sinnvoller, um politischen Einfluss zu nehmen. Dazu muss die deutsche Debatte um Raketenabwehr allerdings in wesentlichen Punkten weiterentwickelt werden.

Berlin sollte sich zunächst lösen von der selbstgewählten Verkürzung der Debatte auf russische Kritik und/oder amerikanischen Druck als handlungsleitendes Motiv für oder gegen eine Beteiligung an Raketenabwehr. Im Zentrum sollte vielmehr die Erkenntnis stehen, dass Raketenabwehr nur eine militärische Komponente in einem neuen transatlantischen Ansatz von Abschreckung ist. Die traditionelle, auf Vergeltung beruhende Abschreckung hat angesichts potentieller Bedrohungen durch neue staatliche und nicht-staatliche Akteure an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Sie ist zu ergänzen durch die Fähigkeit, dem potentiellen Gegner zu signalisieren, dass man in der Lage ist, seine Raketen abzufangen. So kann nicht nur das europäische/amerikanische Territorium vor einem Angriff geschützt werden, sondern auch die westliche Handlungsfreiheit in regionalen Krisen aufrechterhalten werden. Eine solche Herangehensweise stellt die eigenen, strategischen Interessen ins Zentrum der deutschen Debatte – und kann gleichsam einen Beitrag zur NATO-internen Diskussion leisten.

Zudem ist Deutschland gefordert, sich mit eigenen Vorschlägen zur Architektur der NATO-Raketenabwehr, zur finanziellen Beteiligung sowie zu Verfahren für den Einsatz der Systeme einzubringen. Hier wurden in jüngster Zeit von wissenschaftlicher Seite mögliche Optionen aufgezeigt; so ist beispielsweise die Einrichtung einer NATO-Planungsgruppe zur Raketenabwehr analog zur bereits bestehenden Nuklearen Planungsgruppe denkbar.¹⁰² Die Finanzierungsfrage könnte sich dabei als ein zentraler Hemmschuh für eine stärkere deutsche Beteiligung an einer NATO-Architektur erweisen. Denn die Raketenabwehrsysteme konkurrieren mit einer Reihe anderer militärischer Großprojekte sowie steigenden Personal- und Betriebskosten der Bundeswehr. Gleichwohl sind Finanzierungsmodelle denkbar, die den Kostenaufwand vertretbar erscheinen lassen.¹⁰³ Die kommenden Monate

¹⁰² Vgl. Bitter, *Die NATO und die Raketenabwehr*, S. 26–27.

¹⁰³ Ebda., S. 24–25.

werden daher zeigen müssen, ob der sich abzeichnende Pragmatismus der gegenwärtigen deutschen Raketenabwehrpolitik ein wirklicher Trend oder lediglich eine Momentaufnahme ist.

Benjamin Schreer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Kooperation statt Konfrontation

Beim Bukarester Gipfel sollten die Beziehungen mit Russland wieder in ruhigere Bahnen gelenkt werden¹⁰⁴

Karl-Heinz Kamp

Das Verhältnis von Washington und Moskau beziehungsweise das der NATO zu Russland ist heute von wechselseitigen Vorwürfen, Drohungen und Abgrenzungsversuchen gekennzeichnet. Wo lagen die Fehler und wie kann die NATO künftig ihr Verhältnis zum schwierigen, aber unverzichtbaren Partner Russland gestalten? Eine „To Do List“ der NATO.

Sucht man nach einem Datum, an dem sich der tiefe Riss zwischen Russland und den „westlichen Ländern“ – so die Diktion des russischen Präsidenten – am deutlichsten zeigte, dann wird meist die Rede von Wladimir Putin bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 genannt.¹⁰⁵ Dort geißelte der Präsident die amerikanische Regierung ebenso wie die NATO und schien sich lange aufgestauten Zorn über Raketenabwehr, NATO-Erweiterung und amerikanisches Domianzgebaren von der Seele zu reden.

Allerdings waren der Auftritt Putins in München und seine Nachwirkungen auf die internationalen Beziehungen auch ein Musterbeispiel für die mediale Verstärkung und damit Überbewertung politischer Ereignisse. In der Wahrnehmung der meisten Konferenzteilnehmer hatte der russische Präsident kräftige Schläge in alle Richtungen ausgeteilt, hat aber ebensolche auch einstecken müssen. Ausdruck dafür waren die Worte eines amerikanischen Kongressabgeordneten, mit denen er eine schonungslose Analyse der politischen Entwicklungen in Russland einleitete: „Herr Präsident, wir schätzen Ihre offenen Worte - wir hoffen, Sie verübeln uns nun nicht unsere offenen Worte.“

104 Der Beitrag ist in der März-Ausgabe 2008 der Zeitschrift *Internationale Politik*, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, erschienen. Wir danken dem Autor für die freundliche Abdruckgenehmigung in Polen.

105 Der Text ist in Auszügen abgedruckt in der Dokumentation der IP, 3/2007, S. 140 f.

Der in den Medien anklingende Gesamteindruck war allerdings ein völlig anderer: In München, so das vermittelte Bild, habe Putin die Renaissance russischer Macht erfolgreich demonstriert und damit den Westen bis ins Mark erschüttert. Mancher wollte gar den Eishauch des Kalten Krieges verspürt haben. Folglich wuchs die Zahl derer, die nun von der NATO ein demonstratives Entgegenkommen forderten, um die Moskauer Führung gewogen zu halten. Unterschlagen wird bei dieser Sichtweise, dass bei allen aufzählbaren Gegensätzen der Vorrat gemeinsamer Interessen und die Notwendigkeit zu gemeinsamem Handeln nach wie vor groß sind. Russland ist an tragfähigen Beziehungen zur NATO und zur EU ebenso interessiert, wie umgekehrt der Westen nicht auf die Unterstützung Russlands bei der Bewältigung gemeinsamer Gefahren verzichten kann.

Wie kann aber eine fruchtbare Zusammenarbeit von NATO und Russland auch angesichts der erheblichen Veränderung der politischen Großwetterlage erreicht werden?

West-östliche Parallelwelten

Betrachtet man die konkrete sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Russland genauer, so zeigen sich nebeneinander existierende Realitäten. Einerseits erlebt man ein Russland, das sich zunehmend als Gegenpol zur NATO und den Vereinigten Staaten definiert. Gestützt auf das Wissen um die Bedeutung des eigenen Energiereichtums lässt Moskau die Muskeln spielen. Missliebige Projekte, wie der Aufbau von Raketenabwehrstellungen in Osteuropa oder die Aufnahme neuer Mitglieder in die Atlantische Allianz werden von der russischen Führung mit der Aussetzung des Vertrags über den Abbau konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) quittiert. Russische Raketenarsenale sollen wieder auf Ziele in (West-)Europa ausgerichtet werden. Auch den Ausstieg aus weiteren Rüstungskontrollabkommen, etwa bei den Nuklearwaffen, behält sich der international auftrumpfende Präsident Putin ausdrücklich vor. Derweil sprechen russische Generäle militärische Drohungen gegen Nachbarländer und NATO-Mitglieder aus, ohne dass die politische Führung in Moskau dem entgegentritt (man stelle sich nur einmal vor, ein hochrangiger NATO-Kommandeur würde militärische Schritte gegen Russland ankündigen). Baltische Staaten müssen sich heftiger Angriffe auf ihre Computernetzwerke erwehren, deren Ursprünge sich nach Russland zurückverfolgen lassen.

Andererseits existiert parallel zu dieser Welt der Konfrontation und der russischen Drohgebärden eine Realität enger und pragmatischer sicherheitspo-

litischer Kooperation im NATO-Russland-Rat. Gemeinsame militärische Übungen finden sowohl in NATO-Staaten als auch auf russischem Boden statt. In so sensiblen Bereichen wie Streitkräfte reform, Terrorismus oder Raketenabwehr (allerdings nur taktische, also Systeme kurzer Reichweite betreffend) gibt es enge Konsultationen. 2006 nahm gar eine russische Fregatte kurzzeitig an der NATO-Operation „Active Endeavour“ zur Terrorismusabwehr im Mittelmeer teil. Letzteres ist deshalb so bemerkenswert, weil es sich dabei um eine Mission nach Artikel V des NATO-Vertrags, also zur Verteidigung eines angegriffenen NATO-Mitglieds, handelte. Selbst wenn die quantitative Bilanz der Zusammenarbeit noch Verbesserungen im Bereich der Qualität der Kooperation zulässt, so steht der regelmäßige Austausch zwischen NATO und Russland dennoch im krassen Gegensatz zu dem in der Öffentlichkeit vorherrschenden Bild der westöstlichen Gegnerschaft.

Allerdings wird die Koexistenz der parallelen Universen zunehmend schwieriger. Die Verschärfung der Töne aus Moskau auf dem Feld der Politik erschwert die Zusammenarbeit auf der pragmatischen Ebene. Offene oder versteckte Drohungen mit der „Energiewaffe“, das martialische Verkünden neuer russischer Aufrüstungspläne oder das Einfordern von exklusiven russischen Einflussphären erwecken alte Bedrohungsängste in Osteuropa. Auch in Finnland oder Norwegen wird mittlerweile offen über die Gefahr eines ernstesten Konflikts mit Russland gesprochen. Gleichzeitig wächst in den westlichen NATO-Staaten die Zahl derer, die bereits in dem Verweis auf erhebliche Demokratiedefizite in Russland eine antirussische Attitüde erkennen und deshalb fordern, derartiges müsse unterbleiben. Wenn von dieser Seite jeder noch so haltlose russische Vorwurf - etwa der, dass zehn geplante Raketenabwehrstellungen in Polen das strategische Gleichgewicht zwischen Ost und West gefährden würden - zu reflexartiger Schuldeingeständnissen gegenüber dem „lupenreinen Demokraten“ Putin (so der ehemalige Bundeskanzler Schröder) führt, untergräbt das die Bündnissolidarität und schwächt die Position der NATO insgesamt.

Diesen unheilvollen Trend gilt es umzukehren oder zumindest erheblich abzuschwächen, um das Kooperationsverhältnis zwischen der NATO und Russland - das bei allen Schwierigkeiten durchaus belastbare Ergebnisse gebracht hat - wieder auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. Das erfordert von Seiten der NATO eine realistische Bewertung der gegebenen Situation. Da angesichts der innen- und außenpolitischen Entwicklungen in Russland in nächster Zeit kaum zu erwarten ist, dass die politische Führung in Moskau weniger lautstark und selbstbewusst auf der internationalen Bühne agiert, muss von Seiten der NATO nüchtern zwischen Rhetorik und

Realität, zwischen legitimen russischen Sicherheitsinteressen und politischen Zweckargumentationen unterschieden werden. Eine Kernfrage für die NATO ist, welche realen Handlungsspielräume sich hinter den Moskauer Muskelspielen verbergen.

Russland - die „halbstarke Weltmacht“¹⁰⁶

Vereinfacht dargestellt ruht der in den letzten Jahren wiedererstarke Weltmachtanspruch Russlands vor allem auf drei Säulen: auf dem internationalen Gewicht des Landes als eines der fünf ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat, auf seinen Öl- und Gasvorräten bei gleichzeitig wachsendem weltweiten Energiebedarf und - jedenfalls nach den Worten des russischen Präsidenten - auf der Stärke seiner Streitkräfte. Allerdings erweisen sich bei genauerem Hinsehen alle drei Pfeiler als nur bedingt tragfähig.

Der Sitz im Sicherheitsrat konnte bereits 1999 das militärische Vorgehen der NATO gegen serbische Streitkräfte im Kosovo nicht verhindern. Auch mit dem Angriff auf den Irak haben sich die USA (zu Recht oder zu Unrecht) über die Ablehnung durch das Sicherheitsratsmitglied Russland hinweggesetzt. Einer grundlegenden Veränderung des Status quo im Kosovo wird sich Moskau ebenfalls nicht dauerhaft widersetzen können.

Russlands Energiereichtum taugt ebenfalls nur bedingt als Zepter der Macht und als internationales Druckmittel. Russland ist auf westliche Absatzmärkte ebenso angewiesen wie auf westliche Fördertechnologien und Know-how - schließlich stammen fast 70 Prozent der Gazprom-Gewinne aus Verkäufen an EU-Staaten. Vor allem führen Misswirtschaft und mangelnde Reinvestition der Energiegewinne zur Überalterung von Pipelines und Infrastruktur. Zeitweise kommt es sogar zu technisch bedingten Lieferengpässen bei Öl und Gas in Russland selbst. Auch die Gefahr, dass westliche Industrienationen bei steigenden Energiepreisen Öl und Gas zunehmend durch andere Energieträger substituieren, schwebt als Damoklesschwert über dem russischen Energiereichtum.

Auch im militärischen Bereich klaffen Rhetorik und Realität weit auseinander. Zwar werden regelmäßig gewaltige Rüstungsprojekte angekündigt (neue Atomunterseeboote, Bulawa- und Topol-M-Interkontinentalraketen). Die nach wie vor chronische Unterfinanzierung der Streitkräfte und verbreitete

¹⁰⁶ So der treffende Titel eines Presseartikels von Johannes Vosswinkel: *Die halbstarke Weltmacht*, DIE ZEIT, 4.10.2007.

Misswirtschaft verhindern allerdings, dass die Vorhaben auch in ausreichender Anzahl umgesetzt werden und das Militär entsprechend handlungsfähig bleibt. Das Modernisierungsdefizit in den russischen Streitkräften ist mittlerweile gewaltig. Im Juni 2005 musste der russische Sicherheitsrat eingestehen, dass die mit viel Feierlichkeit verkündete fünfjährige Streitkräftereform gescheitert sei und die nationale Sicherheit Russlands nicht mehr hinlänglich gewährt werden könne.

Weder der russische Ressourcenreichtum noch das Bestehen Moskaus auf Kontakten „auf gleicher Augenhöhe“ können verhehlen, dass das Verhältnis Russlands zum Westen (NATO, USA) ein heillos asymmetrisches ist. Auch martialische Gesten des russischen Präsidenten oder das Aufpflanzen der russischen Fahne auf dem Meeresboden der Nordpolregion ändern nichts daran, dass Moskau sich stets an einem Gegenüber zu messen versucht, mir dem es sich nicht vergleichen kann - von der Wirtschaftskraft über das High-Tech-Militär bis hin zur Soft Power, also der nach wie vor großen Anziehungskraft des Western Way of Life. Diese latente russische Unterlegenheitswahrnehmung erklärt auch sicherheitspolitische Argumentationen, die sonst unverständlich bleiben: So glauben russische Sicherheitsexperten nicht wirklich, dass die Aufstellung von zehn amerikanischen Raketenabwehranlagen in Polen das russische Raketenpotenzial ernsthaft schwächen oder gar entwerten könne. Was man aber fürchtet, ist die westliche technologische Systemfähigkeit, also das Vermögen, früher oder später eine weitere funktionierende und militärisch relevante Hochtechnologie stationieren zu können.

Diese nüchterne Analyse der begrenzten Handlungsspielräume Moskaus entwertet Russland nicht als unverzichtbaren strategischen Partner für die NATO. Nach wie vor können wesentliche gemeinsame Gefährdungen, seien sie militärischer oder nichtmilitärischer Natur, nur kooperativ bewältigt werden. Sie gestattet aber eine entspanntere Sicht auf die offensive und teilweise aggressive Grundstimmung russischer Außenpolitik.

Die „To Do List“ der NATO

Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland gestaltet sich schwierig, ist aber letztlich für beide Seiten alternativlos. Angesichts der derzeitigen Befindlichkeit russischer Politik und Moskaus stetigen Versuchen der Demonstration imperialer Größe gest es für die Atlantische Allianz weniger darum, weitere Initiativen zu starten oder neue Felder der Zusammenarbeit zu definieren. Folglich dürfte die NATO bei ihrem kommenden Gipfeltreffen in Bukarest auch kein neues Maßnahmenpaket für die NATO-Russland-

Kooperation verabschieden. Stattdessen ist vordringlich, das existierende Beziehungsgeflecht wieder in ruhigere Bahnen zu lenken und zu verhindern, dass tagespolitische Rhetorik die pragmatische Zusammenarbeit untergrabt. Das erfordert von Seiten der NATO eine Reihe von Schritten:

Zunächst sollte das ohnehin delikate Verhältnis zu Moskau nicht durch fruchtlose und von russischer Seite als provokant empfundene Debatten belastet werden. So ist etwa ein Drängen auf eine baldige NATO-Mitgliedschaft der Ukraine oder Georgiens zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Beide Länder sind derzeit kaum in der Lage, die Anforderungen einer Mitgliedschaft zu erfüllen. Der Beitrag hingegen, den sie zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Allianz leisten können, ist eher gering. Auch ist - zumindest im Falle der Ukraine - die öffentliche Unterstützung im eigenen Land für eine NATO-Mitgliedschaft überaus schwach. Gleichzeitig muss eine ukrainische Betrittsperspektive russische Sorgen wecken, wird die Ukraine mit ihrer Hauptstadt Kiew doch historisch als „Wiege Russlands“ gesehen.

- Die Wirkung russischer Drohungen und Vorhaltungen auf den Zusammenhalt der NATO hängt auch immer von der inneren Verfasstheit des Bündnisses ab. Zwar hat sich das transatlantische Verhältnis seit dem tiefen Zerwürfnis um den Irak-Krieg grundlegend gebessert. Auch haben neue Regierungen in mehreren NATO-Mitgliedstaaten zum Abbau der Spannungen beigetragen. Dennoch existieren Risse im transatlantischen Gefüge, an denen russische Spaltungsversuche ansetzen können. Amerikanisches Regierungshandeln steht nach wie vor in vielen europäischen Öffentlichkeiten unter dem Generalverdacht des Unilateralismus, während europäische NATO-Mitglieder aus Sicht der USA allzu leicht des mangelnden internationalen Engagements oder des Trittbrettfahrertums beschuldigt werden. Ein Abbau wechselseitiger Verdächtigungen und Fehlwahrnehmungen würde nicht nur das transatlantische Binnenklima, sondern auch die Geschlossenheit gegenüber Dritten verbessern. Damit könnte die NATO weit überzeugender die erforderliche Doppelstrategie verfolgen: mit Russland zu kooperieren, wo immer es sich als möglich erweist und gleichzeitig antidemokratische Tendenzen in Russland und neoimperiale Bestrebungen der Führung in Moskau klar benennen.
- Neben den generellen transatlantischen Dissonanzen gibt es vor allem keine allseits akzeptierte Politik gegenüber Russland. Das beinhaltet nicht nur transatlantische Interessenunterschiede. Auch innerhalb Europas unterscheiden sich - historisch bedingt - die Positionen der

osteuropäischen Bündnismitglieder gegenüber Moskau erheblich von denen der westlichen NATO-Staaten. Zwar gab es bislang im Bündnis ausführliche Konsultationen über die Themenkomplexe, die durch russische Kritik aufgebracht worden sind (Raketenabwehr, konventionelle Rüstungskontrolle etc.), nicht aber über die generelle Russland-Politik der NATO. Eine klare Interessendefinition der NATO gegenüber Russland wird durch den allgegenwärtigen, aber schwammigen Begriff der „strategischen Partnerschaft“ ersetzt. Im Rahmen einer ohnehin in der NATO überfälligen Grundsatzdebatte wäre es dringend erforderlich, Konsens über eine gemeinsame Russland-Strategie zu finden.

- Russische Vorwürfe richten sich gegen NATO und Europäische Union gleichermaßen. Hinzu kommt, dass die EU als politischer Akteur von Moskau wenig ernst genommen wird, obgleich sie nach den USA und China drittgrößter Handelspartner für Russland ist. Folglich sehen sich NATO und EU dem gleichen Problem gegenüber: eine zwingend notwendige Partnerschaft mit einem äußerst schwierigen Partner gestalten zu müssen. Was läge also näher als eine enge politische Koordination der Positionen zwischen der NATO und der EU? Ungeachtet der Logik des Gedankens findet eine solche Abstimmung aber nicht statt. Mehr noch, die für Russland zuständigen Experten in beiden Organisationen kennen einander kaum, obgleich sie in Brüssel nur wenige Kilometer voneinander entfernt ihren Dienst verrichten. Die anachronistische, aus nationalen Egoismen einzelner Mitglieder gespeiste Abgrenzung von NATO und EU ist nicht neu und erstreckt sich auch auf Bereiche wie etwa das gemeinsame Krisenmanagement. Gelingt es nicht, diesen mittlerweile als „Frozen Conflict“ der beiden Institutionen in Brüssel bezeichneten Zustand aufzubrechen, wird es einer flexibel agierenden russischen Politik immer wieder gelingen, europäische und transatlantische Sicherheit gegeneinander auszuspielen.

Zar Alexander III. erklärte Ende des 19. Jahrhunderts, dass Russland nur zwei wahre Verbündete habe: die eigene Armee und die Flotte. Diese Denkweise prägt offenbar auch. Präsident Putin, allerdings sind aus seiner Sicht noch Gas und Öl sowie ein mögliches russische Störpotenzial im UN-Sicherheitsrat hinzugekommen. Eine solche Position verkennt, dass in der immer wieder herbeizitierten „globalisierten und multipolaren Welt“ enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit auch mit anderen „Verbündeten“ unabdingbar ist. Russland daran zu erinnern, dass die Zusammenarbeit mit der NATO als einem Bündnis demokratischer Staaten die Einhaltung demokratischer Spielregeln erfordert, offenbart weder westlichen Hochmut noch eine anti-

russische Haltung. Die Wahrung demokratischer Grundprinzipien macht die immer wieder von allen Seiten geforderte „strategische Partnerschaft“ erst möglich.

Dr. Karl Heinz Kamp, geb. 1957, war bis 2007 Sicherheitspolitischer Koordinator der Konrad-Adenauer-Stiftung. Jetzt ist er Direktor der Forschungsabteilung am NATO-Defense College in Rom.